

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 26. Mai 2014**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

35. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.14 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 34. Sitzung des Gemeinderates vom 28.04.2014 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Gudrun Ortner

Entschuldigt:

Vzbgm. Hermann Wimmer

GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 16.05.2014 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage Vzbgm. Peter Lehner gem. § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Peter Koits betreffend Freistellung für politische Tätigkeiten eines Mitarbeiters in einem Welser Unternehmen und verdeckte Gewinnausschüttung: (DI-Verf-138-2014)

Bgm. Dr. Koits: Herr Vzbgm. Peter Lehner richtete an mich folgende Anfrage:

Der Finanzexperte Prof. Werner Doralt, Jurist und emeritierter Universitätsprofessor für Finanzrecht, vertritt die Ansicht, dass die Freistellung für politische Tätigkeiten eines Mitarbeiters in einem Unternehmen, das zwar der Stadt gehört, sich formal aber außerhalb des Magistrates und im Wettbewerb befindet, rein rechtlich einer verdeckten Gewinnausschüttung entspreche.

Dazu ergeben sich folgende Fragen:

Gibt es in der Stadt Wels klare Richtlinien zu dieser Situation?

Gibt es dazu eine verbindliche Auskunft eines Steuerberaters, dass politische Tätigkeiten von Mitarbeitern städtischer Unternehmen nicht als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet werden können?

Welche Maßnahme gedenken Sie auf Basis der Erkenntnis von Prof. Werner Doralt zu treffen?

Ich werde diese Anfrage schriftlich beantworten wobei ich den Kollegen Vzbgm. Lehner ersuche mir das Gutachten des Herrn Prof. Doralt zukommen zu lassen.

Mitteilung des Bürgermeisters

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Fortbestand der ÖBB-Almtalbahn-Strecke, Resolution
DI-Verf-072-2014

Bgm. Dr. Koits: Im Gemeinderat wurde ein Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion beschlossen betreffend die Almtalbahn-Strecke. Dieser wurde an die zuständigen Stellen weitergegeben und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer schrieb mir zurück, dass die Strecken der Almtalbahn und der Hausruckbahn weiterhin

von der ÖBB-Infrastruktur betrieben werden sollen. Diesen Vorschlag haben Landeshauptmann Josef Pühringer und Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer an das Bundesministerium herangetragen und seitens des Landes wurde angeboten, dass für Investitionsmaßnahmen auf diesen Strecken Landesbeiträge zur Verfügung gestellt werden.

Sollte sich wieder etwas Neues ergeben werden Sie natürlich dementsprechend informiert.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Durchreisplatz für Roma und Sinti im Welser Messegelände
DI-Verf-146-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt sodann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

gegen 15 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
19 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

nicht zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Maßnahmen für die Freizeitanlage Wimpassing
DI-Verf-147-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt sodann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
13 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Novelle betreffend das Verbot des Campierens im Bereich des Welser Messegeländes und im Welser Volksgarten.
DI-Verf-149-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt sodann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
13 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Stellungnahme an das Amt der Oö. Landesregierung betreffend die ortspolizeiliche Verordnung über das Verbot des Campierens im Bereich des Welser Messegeländes und des Welser Volksgartens
DI-Verf-148-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt so-
dann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
13 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits erinnert daran, dass folgende Angelegenheit einer Anwesenheit von we-
nigstens zwei Dritteln der Gemeinderatsmitglieder und der Zustimmung von zwei Drit-
teln der Anwesenden bedarf:

TOP 1.) Vertragsverlängerung Kaufvertrag Sportplatz „Am Berg“, mit der Wirtschaftsber-
atungs- und Ansiedelungsgesellschaft Wels GmbH, DI-LV-77-1986 und

TOP 5.) Hauptschule 8 Wels-Lichtenegg, nun „Neue Mittelschule 8 Wels-Lichtenegg“
FD-Fin-85-2011 und FD-Fin-90-2013

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

1.)

Vertragsverlängerung Kaufvertrag Sportplatz „Am Berg“ mit der
Wirtschaftsberatungs- und Ansiedelungsgesellschaft Wels GmbH
DI-LV-77-1986

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2014, der Gemein-
derat möge beiliegende Vertragsänderung des Kaufvertrages vom 28. März 2012 be-
schließen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Dajana Nadarevic, Wels, Friedhofstraße 43; Verkauf einer stadteigenen Wohnung im Objekt Wels, Zeileisstraße 17
DI-LV-34-2014

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2014:

Die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 2 im Objekt Zeileisstraße 17 (Wohnnutzfläche 70,24 m²), wird unter nachstehenden Bedingungen an Frau Dajana Nadarevic, geb. 12.03.1993 (österreichische Staatsbürgerin), Wels, Friedhofstraße 43, verkauft.

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung 2 beträgt € 83.400,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) ein Barbetrag in Höhe von € 75.346,52

b) Übernahme der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:

Darlehen per 01.06.2014 € 8.053,48

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten der Käuferin.

Einstimmig angenommen.

3.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013;
Genehmigung
FD-Buch-15-2013, miterledigt:
FD-Fin-101-2014

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2014 und im Stadtsenat am 06.05.2014:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013 (Anlagen 5 u. 6) wird genehmigt.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich habe mir diesen Rechnungsabschluss natürlich auch angesehen und ganz so rosig, wie StR.in Huber dies in Vertretung von Vzbgm. Wimmer das hier

darstellt, ist es doch nicht. Wäre Vzbgm. Wimmer heute hier, müsste er sich wesentlich mehr Kritik anhören als Kollegin Huber.

Wenn man sich die Einnahmen und Ausgaben ansieht, ist ein Wert für mich ganz besonders problematisch. Wir haben Einnahmen von 198 Millionen Euro. Das sind um 2 % mehr als das Jahr davor, haben aber Ausgaben von 197 Millionen Euro und das ist um 2,7 % mehr.

Das heißt, dass wir nicht nur jedes Jahr mehr Schulden machen, wir machen auch jedes Jahr im Verhältnis zu den Einnahmensteigerungen zu den Ausgabesteigerungen noch mehr Schulden. Weil die Einnahmen nur um 2 %, aber die Ausgaben um 2,7 % steigen. Wir haben schon immer einen Unterschied zwischen den Einnahmen und Ausgaben, aber die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Das bedeutet mit Einnahmensteigerungen werden wir unsere Ausgaben nie in den Griff bekommen. Das ist eine Entwicklung die ich mit großer Sorge beobachte, weil jeder Haushalt spart, damit die Einnahmen über kurz oder lang die Ausgaben übersteigen.

Bei uns ist es genau das Gegenteil, die Ausgaben wachsen noch viel schneller als die Einnahmen. Das ist der erste bedenkliche Wert und das obwohl die Kommunalsteuer auf einem Rekordniveau ist. Wir haben so viele Einnahmen aus der Kommunalsteuer wie nie zuvor. Diese sind um 3,2 % auf 33 Millionen Euro gestiegen. Wir haben auch so hohe Abfallgebühren wie nie zuvor, diese sind im Gegensatz zum Vorjahr gleich um 4 % gestiegen. Das ist alles Steuergeld der Welser.

Man muss hier schon erkennen, dass es massive Gebühren- und Steuererhöhungen gegeben hat, und diese Steuererhöhungen zu Rekordeinnahmen geführt haben. Obwohl diese Rekordeinnahmen vorhanden sind, schaffen wir es nicht mit diesem Geld auszukommen. Deshalb ist es für mich immer etwas eigenartig, wenn man sagt, die Schulden stiegen nur um zwei Millionen Euro. Wir haben Rekordeinnahmen und schaffen es trotzdem nicht auszukommen und deshalb stiegen sie nur um 2 Millionen Euro?

Wenn wir schon Rekordeinnahmen haben, würde ich mir schon erwarten Schulden zurückzahlen. Villach zum Beispiel hat es geschafft nicht nur den ordentlichen Haushalt sondern auch den außerordentlichen Haushalt, das ist der Investitionshaushalt, mit den vorhandenen Mitteln voll abzudecken. Villach hat also keine Darlehen mehr aufnehmen müssen um seine Investitionen zu finanzieren. Das schaffen wir bei weitem nicht.

Daher haben wir auch eine neue Rekordverschuldung zusammengebracht in der Höhe von über 55 Millionen Euro. Bei den Bankdarlehen sind wir auf 45 Millionen gestiegen und das zeigt sich natürlich auch bei der pro Kopf Verschuldung. Diese ist nämlich im letzten Jahr ebenfalls um 48 Euro, im Vergleich zum Vorjahr auf 934 Euro pro Einwohner gestiegen. Eine Entwicklung die umso mehr nahelegt, dass es an der Zeit ist endlich diese Verwaltungs- und Einsparschritte umzusetzen, die wir schon häufig und oft gefordert haben.

Nämlich erstens eine Verwaltungsreform durch Abschaffung verschiedener Positionen. Wir reden hier zum Beispiel von Zusammenlegung von Abteilungsleitern, wir reden auch vom Einsparen von Subventionen, sowohl bei Ermessenssubventionen als auch bei Pflichtsubventionen. Es ist zwar klar, dass ich bei Pflichtsubventionen nicht unmittelbar eingreifen kann, aber sehr wohl kann ich beurteilen, ob wir Verträge bei Pflichtsubventionen verlängern oder ob wir uns dies nicht mehr leisten können.

Dies sind alles Dinge die aus meiner Sicht längst anzugehen gewesen wären und die es dann auch ermöglicht hätten, einen ausgeglichenen Haushalt bei Rekordeinnahmen vorzulegen. Ich glaube daher, man sollte diesen Rechnungsabschluss erneut zum Anlass nehmen um darüber nachzudenken, wie man die Verwaltungsreform rascher vorantreiben kann, um hier zusätzliche Mittel einzusparen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Im Ausschuss wurde dieser Antrag gemeinsam beschlossen. Im Gemeinderat bzw. in der Öffentlichkeit wird dagegen polemisiert.

Aber ich möchte eigentlich nur auf ein paar Punkte eingehen. Nur exemplarisch herausgreifen, was Herr Vzbgm. Rabl gesagt hat und was seit Jahren getan wird. Dr. Rabl hat zum Beispiel gesagt, wir sollten bei den Subventionen sparen. Das bedeutet bei den Subventionen der Vereine, der Kulturvereine usw. und jeder der das Geschehen hier im Gemeinderat in den letzten Jahren beobachtet hat, kann sich noch erinnern, dass wir die Chimäre gehabt haben, dass wir eine Kultursubvention mit einem Gemeinderatsbeschluss beschlossen haben. Das heißt, einerseits sage ich bei den Subventionen sollen wir sparen, andererseits stelle ich Anträge in denen es direkt um Subventionen geht.

In einem weiteren Punkt geht es darum, dass allgemein gespart wird. Es wird berichtet, dass der Personalreferent einen namhaften Betrag in der Personalentwicklung einsparen hat können. Im Gemeinderat wird die Aufstockung verschiedener Dienststellen beschlossen. Dies ist jedoch alles ganz egal, dies wird direkt über den Gemeinderat gemacht und nicht gemeinsam in der Personalentwicklung.

Als letzten Satz lassen Sie mich noch sagen zu diesen, für eine Stadt wie Wels sehr guten Daten, die von Frau StR. Huber berichtet worden sind. Wir sind im Gemeinderat immer mit Anträgen konfrontiert, die oft eine Lawine von Kosten auslösen. Solange Fraktionen Anträge stellen, so wie der heutige Antrag der ÖVP in dem es darum geht ein Grundstück anzukaufen, kann ich solche Wortmeldungen nicht mehr ernst nehmen. Noch dazu, wenn der Antrag inhaltlich in der Umsetzung usw. schon lange überholt ist und ich mich frage, warum wir uns heute damit beschäftigen.

Ich möchte mich bei den Mitarbeitern der Finanzdirektion bedanken, denn hier wird eine hervorragende Leistung erbracht. Auch beim Herrn Finanzreferenten möchte ich mich bedanken, weil er der ist, der das Geld zusammenhält, der es ermöglicht, dass wir große Investitionen im Infrastrukturbereich umsetzen können und für das möchte ich ihm gratulieren.

GR. Mag. Teubl: Es tut mir leid, dass der Herr Finanzreferent wegen seines Unfalles nicht persönlich anwesend sein kann. Glaube aber andererseits, dass er sich bei der Anfragebeantwortung im letzten Gemeinderat genügend selbst gelobt hat, dass wir wissen, wie er seine Verdienste einschätzt. Ich möchte dazu sagen, dass wir von den Grünen die Verdienste von Herrn Vzbgm. Wimmer nicht ganz so positiv sehen.

Wir sehen wohl, dass sich einige Kennziffern leicht verbessert haben. Wir sehen aber auch, dass dies keineswegs der Verdienst des Finanzreferenten ist sondern, dass es die Gunst der erhöhten Einnahmen, war die uns das beschert hat. Wenn wir uns dann noch ansehen, dass der außerordentliche Haushalt 2013 um 60 % geringer dotiert war als im Jahr davor, also wesentlich weniger Investitionen getätigt wurden, dann ist es leicht einen besseren Rechnungsabschluss zu präsentieren.

Der Wert der freien Finanzspitze ist jetzt bei 0,3 %, aber immer noch im Minus. Das ist bekanntlich die Kennzahl die uns zeigt, wie es um die laufende Gebarung bestellt ist. Auch im Kontrollbericht steht „ein Wert unter null zeigt, dass die fortdauernde Gebarung nur auf Basis einer Netto-Neuverschuldung finanziert ist“. Das heißt wir sind noch lange nicht aus dem Schneider. Wir von den Grünen sind daher nach wie vor der Meinung, dass es Sinn machen würde unter Beteiligung aller Fraktionen und mit Unterstützung von Experten des KDZ einen Budget-Fahrplan zu erarbeiten.

Es geht nicht, dass wir von Jahr zu Jahr so weiter machen und hoffen, dass sich die Werte positiver entwickeln, weil die Wirtschaftsentwicklung wieder besser wird oder sonst was. Auf der anderen Seite sind aber kaum Investitionen möglich, da viele Dinge zurückgestellt werden müssen, die dringend erledigt werden sollten. Dann müssen wir uns noch sagen lassen, dass wir keine Anträge stellen die Geld kosten. Was sollen wir sonst tun, meine Damen und Herren? Wir wollen für Wels etwas bewirken und ohne Geld ist das nicht möglich.

Dass dieses Geld nicht da ist, ist nicht unsere Schuld. Es ist auch nicht zur Gänze die Schuld des Finanzreferenten, das will ich auch nicht behaupten, aber den Fraktionen aufzuerlegen, nie wieder einen Antrag zu stellen der Geld kostet ist auch nicht der Weg, der uns in dieser Stadt eine goldene Zukunft beschert. Wir müssen uns etwas überlegen und vor allem sollte der Versuch gemacht werden, eine Zielrichtung anzugeben, wo wir in zehn Jahren sein wollen, und dann einen Schritt-für-Schritt-Fahrplan zu entwickeln, wie wir dieses Ziel erreichen können, auch wenn sich die wirtschaftliche Situation nicht ganz so rosig entwickelt.

Das ist die Aufgabe eines Finanzreferenten. Eine langfristige Budgetkonsolidierung einzuleiten und diese Aufgabe ist meines Erachtens von ihm bisher noch nicht ausreichend wahrgenommen worden.

GR. Markus Wiesinger: Herr Kollege Reindl-Schwaighofer. Zum einen ist es glaube ich schon Aufgabe eines Gemeinderates sich auch im Gemeinderat zu einem Rechnungsabschluss zu melden. Wenn du ansprichst, dass eine Kultursubvention im Gemeinderat beschlossen worden ist, ist das richtig, aber da ist es um eine Erhöhung um € 8.000,00 gegangen, bei einem Gesamtbudget von € 210 Mio. Das nur ganz kurz zur Richtigkeit und zu deinen Ausführungen.

Der Kollege Teubl hat vieles richtig gesagt, was ich auch unterstreichen kann. Ich möchte mich auch bei Frau. Mag. Österreicher bedanken, dass sie jährlich daran erinnert, dass das KDZ einen Quicktest herausbringt der mit einigen Zahlen treffend das Budget beschreibt. Der Kollege Teubl hat auch schon die freie Finanzspitze erklärt, aber es gibt auch noch die eigene Finanzierungsquote.

Diese sagt aus wie etwas neu finanziert wird und Werte unter 100 % sagen aus, dass eine Finanzierung nur mit Neuverschuldung oder Auflösung von Rücklagen möglich ist und in Wels beträgt der Betrag 99,5 %. Somit ist in Wels klar, dass wir alles was wir finanzieren mit Neuverschuldungen finanzieren müssen.

Die Verschuldungsdauer wird auch noch mit dem Quicktest des KDZ angeführt. Dieser sagt wenn ein Wert über 25 Jahre ist zeigt das eine sehr negative Verschuldungsdauer. In Wels sind es 22,2 Jahre. Also nicht weit weg von diesen 25 Jahren.

Beim Budget muss man sich auch noch die Personalquote ansehen. Es ist richtig, dass gespart worden ist, aber wir haben mit 38,6 % an Personalkosten im ordentlichen Haushalt einen Wert, der im Vergleich zu allen Städten in Österreich mit über € 50.000,00 ein Spitzenwert ist. Da muss schon noch nachgedacht werden wie dieser Wert reduziert werden kann.

GR. Dr. Csar: Wir als Gemeinderatsfraktion der ÖVP stehen auf dem Standpunkt, dass die Welser Bevölkerung ein Zukunftsbudget braucht. Dieser Rechnungsabschluss gibt wieder, wo das Geld ausgegeben worden ist. Es ist wie es ist und man kann nichts mehr daran ändern.

Aber eines ist Tatsachen - und das möchte ich ausdrücklich nochmal festhalten - und zwar, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Wels steigt und das müssen wir alle und unsere Kinder zahlen. Dementsprechend müssen wir verantwortlich mit diesem Geld umgehen, welches wir hier auch ausgeben. Es sind einige Punkte heute angesprochen worden an Ausgaben aber auch an Einnahmen. Da möchte ich insbesondere auf die Einnahmen Rücksicht nehmen. Bei der Kommunalsteuer und bei den Abfallgebühren usw. gibt es starke Zuwächse.

Wie bereits gesagt, die Pro-Kopf-Verschuldung müssen wir zurückschrauben und wir müssen zu einer Zukunftsbudgetgestaltung kommen wie es zum Beispiel auch bei den Ausgaben unbedingt notwendig ist. Der Krankenanstaltenbeitrag, den die Stadt Wels jetzt immer wieder gezahlt hat, war in den Jahren von 2012 auf 2013 um 8,6 % reduziert. Das ist ein gigantischer Betrag wenn man die Gesamtsumme sieht und der Anstieg von 2013 auf 2014 ist mit 0,1 % prognostiziert. Also ein geringer Anstieg auf Grund der Krankenanstaltenreform ist möglich. Daher ist es auch wichtig, dass wir als Stadt Wels verantwortlich damit umgehen und auch ein Zukunftsbudget planen.

Es kann nicht sein, dass wir zukünftige Investitionen nur über Darlehen finanzieren, so wie es bei uns der Fall ist. Vielmehr ist es notwendig im ordentlichen Haushalt auch einen Zukunftsfond vorsehen und entsprechend auch ein Rücklage zu bilden. Diese sollen wir nicht nur dafür heranziehen, dass wir Schuldentilgungen machen, sondern vielmehr dass wir einen Zukunftsfond einrichten, mit dem wir der Welser Bevölkerung eine Zukunftsperspektive geben können, die wir uns auch leisten können.

Die Aufgabenverwaltungsreform ist auch bereits angesprochen worden. Ich glaube auch, dass die Spezialisten für eine Aufgabenverwaltungsreform im Haus bzw. im Magistrat sitzen und ich glaube auch gemeinsam mit den Magistratsmitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann man eine vernünftige Aufgabenverwaltungsreform machen, denn die wissen genau wo der Schuh drückt, an welchen Aufgaben man einsparen kann ohne dass es unmittelbare große Veränderungen und Umwälzungen gibt.

Daher wieder meine Bitte, mein Ersuchen und meine Aufforderung, dass man eine solche Aufgabenverwaltungsreform möglichst rasch beginnt, durchführt und realisiert, das sind wir unseren Welserinnen und Welsern schuldig.

GR. Haböck: Als junge ÖVP-Wels prangern wir schon seit vielen Jahren den unverantwortlichen Umgang mit den Steuermitteln hier in Wels an. Es ist bereits erwähnt worden, die Pro-Kopf-Verschuldung ist gestiegen von € 240,00 im Jahr 2008 auf rund € 900,00 im Jahr 2014.

Wenn hier heute über viele Zahlen diskutiert wird, dann möchte ich vier von diesen Zahlen in den Raum stellen. € 8.000,00 ist der Betrag der hier von Gemeinderäten kritisiert wurde. € 790.000,00 ist der Betrag, den politische Fraktionen hier im Gemeinderat gefordert haben um ein Affenhaus zu sanieren. € 1,3 Mio. ist der Betrag den die Stadt Wels in die Hand genommen hat um einen Verein zu Subventionieren und € 240.000,00 ist nicht etwa ein Betrag der in die Infrastruktur ging, in Schulausbau, in Sanierungen von Einrichtungen. Nein er wurde veranschlagt um ein EDV-System umzustellen.

Das sind nur kleine Beispiele die zeigen, dass es völlig klar ist, dass der Staat und auch die Gemeinde nicht mit den steigenden Einnahmen auskommen. Weil die Ausgaben immer höher werden und ich befürchte, dass es bis 2015 extrem teuer werden wird für die Welser Jugend und die jungen Generationen in Wels, wenn der Wahlkampf in einer Stadt beginnt und wo es darum geht die eigene Klientel durch Subventionen bei Laune zu halten.

Wir als junge ÖVP hoffen, dass wir das verhindern können. Herr Dr. Rabl, ja ich freue mich, dass Sie auch für Reformen sind und bereit sind in ihrem Bereich einzusparen. Jetzt hoffe ich, dass Sie die SPÖ und den Herrn Finanzreferenten soweit bekommen, dem ich an dieser Stelle natürlich auch meine besten Wünsche ausrichten möchte, und dann können wir vielleicht noch die Kurve kriegen um Wels zu reformieren und zu modernisieren.

StR. Huber: Zunächst denke ich, dass viele Gemeinden in Oberösterreich glücklich wären, wenn sie so aufgestellt wären wie wir und zwar, dass sie noch ausgeglichen budgetieren können - das können nämlich schon viele nicht mehr.

Ich darf zu Kollegen Vzbgm. Dr. Rabl kommen der meinte die Einnahmen steigen mehr als die Ausgaben. Ich denke es liegt in der Verantwortung von jedem Referenten hier ein Auge drauf zu haben. Es gibt ein Budgetbegleitgesetz das wir gemeinsam beschlossen haben und ich hoffe, dass jeder in seinem Bereich seine Aufgaben macht.

Wenn Kollege GR. Teubl meint die Finanzspitze von minus 0,3% ist noch nicht optimal kann ich dies bestätigen. Aber im Rechnungsabschluss 2010 war diese freie Finanzspitze minus 2,3 %. Also auch hier ein Trend zu sehen, dass es besser wird. Ebenso mit der Eigenfinanzierungsquote, die jetzt noch nicht bei den optimalen 100% sondern bei 99,5 % liegt. Lag aber 2010 bei 88,9%.

Also bitte verschweigen wir nicht einfach, dass wir uns schon besser entwickeln und dass hier vieles passiert. Oder die Verschuldungsdauer schon einmal bei 63,8 Jahren gelegen ist und jetzt bei 22,2 Jahren. So wie Sie dies darstellen, dass alles schlecht wäre, so ist es einfach nicht.

Zum Kollegen GR. Haböck. Ich kann mich erinnern, letzten Gemeinderat wollten sie € 1 Mio. Wirtschaftsförderung. Da spielt das Geld scheinbar keine Rolle. Dann darf ich etwas zur Personalquote sagen. Vergleichen wir die Personalquote bitte nicht immer mit anderen Städten, denn das ist ein Vergleich von Äpfeln und Birnen. Wir zum Beispiel haben die Pflegeheime noch bei uns, das sind 438 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich bin stolz auf die Leistungen die sie dort leisten und dass dies ein öffentlicher Bereich ist und von uns diese Dienstleistung erstellt wird. Wenn man dies natürlich ausgliedert, kann man leicht sagen die Personalquote ist gesunken aber im Sachaufwand steigen

die Kosten genauso. Auch das sollte man nicht vergessen. Dann möchte ich noch sagen, die Lasten kommen immer mehr auf die Städte zu und nicht umsonst haben Bürgermeister Luger, Bürgermeister Hackl und Bürgermeister Dr. Koits aufgezeigt, dass die Städte immer mehr Lasten tragen müssen und die Finanzierung nicht passt.

Ich darf hier die Volksschule Stadtmitte erwähnen. € 6,8 Mio. werden wir für die Schule leisten und € 150.000,00 bekommen wir vom Land. Da ist ein Haken und das sollten wir aufzeigen. Ich bitte um Beschlussfassung.

Bgm. Dr Koits: Ich habe im Februar Frau Magistratsdirektorin beauftragt, das wissen die Fraktionsvorsitzenden, bis zum Jahresende ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten wie unser Magistrat in den nächsten Jahren aufgestellt sein soll. Hier werden die Abteilungsleiter, die geforderten Expertinnen und Experten aus dem Haus und natürlich auch die Personalvertretung miteinbezogen. Ein erstes Zwischenergebnis erwarte ich am 30.6.2014, ein zweites am 30.9.2014 und den Schlussbericht dann am 30.12.2014. Da werden wir dann sehen in welchem Umfang und Ausmaß entsprechende Veränderungen notwendig sind. Überdies ist ja bekannt, dass derzeit enorme Projekte im gesamten Haus laufen und dies wissen natürlich alle Fraktionen, da sie alle beteiligt sind.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

4.)

1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014;
Feststellung
FD-Fin-100-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2014 und im Stadt-senat am 06.05.2014:

Der 1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014 (Anlage 7) wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgaben-rahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 205,702.300,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 205,702.300,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 49,811.300,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 49,811.300,--

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (,SPÖ-, FPÖ- und ÖVP- Fraktion)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion))

angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer ist bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

5.)

Hauptschule 8 Wels-Lichtenegg, nun „Neue Mittelschule 8 Wels-Lichtenegg“ (NMS 8);
Errichtung eines Schulzubaues und einer Basketball-Trainingshalle;
Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte;
Zubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle;
Abänderung der Haftungserklärungen
FD-Fin-85-2011 und
FD-Fin-90-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2014:

Die Abänderung der Haftungserklärungen (Anlage 8) der GR-Beschlüsse FD-Fin-85-2011 vom 28.03.2011 und FD-Fin-90-2013 vom 10.02.2014 durch die Stadt Wels für die aufzunehmenden Kredite bzw. Darlehen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG entsprechend beiliegender „Musterbürgschaftserklärung“ wird genehmigt. Diese Bürgschaftserklärungen bedürfen einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch das Land Oberösterreich und sind gegenüber Dritten erst mit dieser Genehmigung rechtswirksam.

Einstimmig angenommen.

6.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Bädertarifordnung 2000 neuerlich abgeändert wird
(6. Novelle zur Bädertarifordnung 2000)
SF-FzB-27-2014

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 05.05.2014, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beiliegende 6. Novelle zur Bädertarifordnung 2000 beschließen.

GR. Mag. Parzmayr: Die vorliegende Indexanpassung ist für die Welser Freiheitlichen so absolut in Ordnung. Auch wenn man die Preise mit anderen Bädern wie etwa in Linz und in Graz vergleicht zeigt sich, dass die Welser Eintrittspreise durchaus fair gestaltet sind.

Zum Vergleich eine Tageskarte für Erwachsene im Freibad Wels kostet dann ab jetzt € 4,10 in Linz sind es € 4,00 und in Graz schon € 6,10. Besonders günstig ist in Wels die Erfrischung nach der Arbeit, also die Karte ab 16 Uhr 30, die kostet in Wels € 1,80, in Linz wären € 3,10 und in Graz sogar € 3,60 fällig. Noch eklatanter ist der Unterschied bei den Saisonkarten. Fürs Freibad in Wels zahlen Erwachsene € 92,00 und Familien € 130,00, in Graz wären es bereits € 163,00 bzw. sogar € 223,00.

Alles in allem bietet die Stadt hier ein tolles Freizeitangebot zu moderaten Preisen. Wenn man sich allerdings das Gelände des Welser Freibades ansieht, fallen hier schon einige Mängel ins Auge die man dringend beheben sollte. Teilweise wär dies auch mit einem sehr geringen Aufwand zu erledigen.

Im hinteren Teil des Freibadareals wird von einem Pächter ein Minigolfplatz errichtet. Die dortige Baustelle existiert bereits seit über einem Jahr. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich eine Baustelle für einen Minigolfplatz dieser Größenordnung über einen derart langen Zeitraum hinzieht - der Badebetrieb hat bereits Anfang Mai begonnen. Es wäre dringend dafür zu sorgen, dass diese Baustelle fertiggestellt wird und somit der Minigolfplatz auch zur Verfügung steht.

Weiters gibt es am Gelände Richtung Buffet versperrbare Schränke. Sie heißen zwar so, es ist aber schnell festzustellen, dass die meisten davon nicht versperrbar sind und weil sie entweder defekt sind oder das Schloss einfach schlicht und ergreifend fehlt. Auch hier wären diese Schlösser schnellstmöglich zu erneuern, auch das stellt keinen hohen finanziellen und zeitlichen Aufwand dar.

Wenn man also die Gebühren, völlig zu recht einer Indexsicherung unterzieht, dann muss man andererseits dafür sorgen, dass solche bestehenden Baustellen raschest möglich fertiggestellt werden.

StR. Huber: Ich denke mir, nicht nur das Parken in Wels ist günstig, sondern auch das Baden und deshalb bitte ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

7.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Errichtung eines Stadtteilparks in Laahen; Ankauf eines Grundstückes
DI-Verf-135-2014

Vzbgm. Lehner: Bei dem Tagesordnungspunkt 7 geht es um den Ankauf eines Grundstückes für einen Stadtteilpark in Laahen. Der Stadtteil Laahen entwickelt sich sehr dynamisch und es wird intensiv gebaut. Es besteht die Möglichkeit ein Grundstück zu erwerben. Es hat dazu schon Vorgespräche gegeben und es wurde vereinbart zu welchem Preis dieses Grundstück zu erwerben wäre. Dies wäre eine wunderbare Gelegenheit für die Stadt Wels Grünflächen abzusichern.

Diese brauchen wir zum Wohlfühlen in unserer Stadt dringend. Das wissen wir, denn wir haben dies als Feedback aus den ÖEK-Dialogen aus allen Stadtteilen bekommen. Dies ist ein Punkt, der unbestritten ist und wo es auch großer Anstrengungen seitens der Stadt Wels bedarf um diese Flächen in Zukunft absichern zu können.

Neu ist, dass wir nicht mehr wie früher wenn wir umwidmen pauschal Infrastrukturbeiträge einheben können als Stadt Wels sondern, dass wir bei Widmungen mit den Widmungswerbern Raumordnungsverträge abschließen. Bei konkreten Bebauungsplänen entlang der Oberfeldstraße wurden genau diese Kosten für diesen Stadtteilpark in Laa-hen bei diesen Raumordnungsverträgen auch eingepreist.

Es wurde mit den Grundstückseigentümern bzw. mit den bebauenden Genossenschaften vereinbart, dass wir als Stadt eine Fläche für einen Park anschaffen und das müssen wir mit diesem Grundsatzbeschluss festmachen, damit es für den Liegenschaftsreferenten die Möglichkeit gibt in detaillierte Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zu treten und diese Fläche mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss anzukaufen.

StR. Raggl-Mühlberger: Für mich stellt sich schon die Frage, ob es einem Projekt wirklich förderlich ist, dass man eine öffentliche Diskussion führt während man noch in Verhandlungen ist. Bereits seit 1997 ist die Planungsabsicht im Flächenwidmungsplan dokumentiert. Im Zuge der aktuellen Umwidmungen und der geplanten Errichtung von Wohnobjekten im Stadtteil Laa-hen wird die Errichtung eines Stadtteilparks zur Versorgung der Wohnbevölkerung mit Freiheits- und Erholungsflächen seitens aller Parteien als notwendig erachtet.

Eine Gesamtfläche von 14.562 m² wurde bereits gewidmet, die sich jedoch in Privatbesitz befinden. Über eine Teilfläche von 8.386 m² bestehen bereits Vorgespräche. Die Verhandlung mit Norikum und Heimstätte sind gelaufen. Dies sind alles Informationen für uns die uns zugänglich sind. Außerdem wäre es ein leichtes sich mit dem zuständigen Referenten auf ein Gespräch zu treffen und sich dort die Zustimmung und Bereitschaft signalisieren zu lassen. Die FPÖ enthält sich bei diesem Antrag der Stimme aber nicht, weil wir dem Park nicht positiv gegenüber stehen, sondern weil bereits alle notwendigen Schritte getan werden, um dieses Projekt zu verwirklichen.

GR. Mag. Teubl: Zunächst darf ich natürlich von Seiten der Grünen meiner großen Freude Ausdruck verleihen, dass nun die Idee von Stadtteilparks auch bei der ÖVP angekommen ist. Diese Parks sind etwas was wir schon lange fordern und wir haben schon bei der Präsentation des geplanten örtlichen Entwicklungskonzepts in den einzelnen Stadtteilen mit Freude vernommen, dass diese Idee nun auch dort Einzug finden wird.

Zum gegenständlichen Antrag habe ich allerdings einige Fragen. Über diesen Stadtteilpark wurde ja bereits diskutiert und er ist deshalb für uns nicht wirklich neu. Ich frage mich nun, warum dieser Antrag nun als Initiativantrag einer Partei in den Gemeinderat kommt und nicht als Amtsvortrag der von den zuständigen Einrichtungen der Stadt entsprechend vorbereitet und beschlussfertig gemacht wurde. Also das ist für mich erklärungsbedürftig warum dieser Weg der Einbringung gewählt wurde.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich habe es ja bereits in meiner Wortmeldung erwähnt, dass dieser Antrag bei vielen großes Erstaunen hervorgerufen hat. Nicht aus der Tatsache

heraus, dass wir nicht auch der Meinung sind, dass man einen Park errichtet. Es ist sogar eine ganz wichtig Notwendigkeit in einem neuen Stadtteil der dort entsteht eine Freizeitmöglichkeit für Jugendliche und Kinder aber auch für die Eltern zu schaffen.

Ich lese nirgends etwas von einem Betrag. Aber dies ist natürlich relativ egal, da 5.600 m² schon Norikum und Heimstätte vereinbart haben und die 3.200 m² die noch zu haben sind noch dazukommen sollten. Ich kann nicht verstehen, warum solche Dinge, die eigentlich die Aufgabe von jemandem sind, als Antrag im Gemeinderat auftauchen. Da frage ich mich, ob wir nun operative Geschäfte in den Gemeinderat verlegen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Im Antrag ist es ausdrücklich ausgeführt, dass bei Vorbereitung von ÖEK Stadtteilparks von den Bürgerinnen und Bürger immer wieder gefordert werden. Das ist ein Wunsch der Bevölkerung in Wels. Man könnte hier natürlich sagen, dass wäre nett und schön aber wir machen es einfach nicht aus irgendwelchen Gründen. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, wenn ein Antrag gestellt wird und wir ernsthaft darüber diskutieren und reden und dementsprechend auch Initiativen setzen wollen, dass den Wünschen der Bevölkerung nachgekommen wird und nicht dass ihr an den Wünschen der Welser Bevölkerung vorbei regiert.

Dann ist es Schade, dass wir keine Mehrheit haben, so wie es momentan aussieht haben wir keine Mehrheit, und das erstaunt mich. Alle sagen, wir sind dafür vom Volk gewählt, dass man auch gemeinsam Maßnahmen setzt, dass sich die Welserinnen und Welser in Wels wohl fühlen. Nun haben wir auch eine Möglichkeit eine Initiative zu setzen und der Welser Bevölkerung zu zeigen, dass wir alles ernst nehmen.

Wenn ihr die ÖVP allein dastehen lässt, tut es uns sehr leid, aber ihr müsst es auch der Welser Bevölkerung gegenüber verantworten. Die ÖVP-Wels wird weiterhin dahinter stehen und diesen Antrag vorantreiben, denn wir wissen wo den Welserinnen und Welsern der Schuh drückt und da müssen wir auch ansetzen und Maßnahmen setzen. Schade wenn ihr da nicht mitgehen wollt und wenn hier so kursichtig gedacht wird, hoffentlich hat bei euch der politische Wahlkampf noch nicht eingesetzt.

GR. Schönberger: Ich stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen nachdem die Dinge schon am Laufen sind sollte der Referent diese durchbesprechen und zu Ende diskutieren.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schönberger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 10) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

gegen 26 Ja-Stimmen (SPÖ-,FPÖ- und Grüne-Fraktion)
8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

8.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Gewährung einer Förderung für touristische Maßnahmen und Projekte
BZ-Pol-90001-2014

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.04.2014:

1. Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2013 eine Förderung in Höhe von € 157.500 für seitens des Förderungsgebers akzeptierte touristische Maßnahmen und Projekte zu Lasten der VAST. 1.7710.757100.8.
2. Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 001.08.2014 zur Auszahlung zu bringen ist.
3. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2014 bis spätestens 01.05.2015 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 188) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 146)
BZ-BauR-5020-2013

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2014, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (188. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (146. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 602/1.3 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6010-2013

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2014, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 602/1.3 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 405/1.7 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6019-2013

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2014, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 405/1.7 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 622/1.13 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6020-2013

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.04.2014, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 622/1.13 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 800 –
A8 Anschlussstelle Wels Wimpassing – Erschließung Nord
BZ-BauR-8005-2013

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2014, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 800 – A8 Anschlussstelle Wels Wimpassing – Erschließung Nord beschließen.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

14.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit dem die Tarife für die Ferienaktion 2014 festgelegt werden
(Tarifordnung – Ferienaktion 2014)
SF-J-123-2014

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 06.05.2014, der Gemeinderat möge die beiliegende Tarifordnung (Anlage 17) für die Ferienaktion 2014 beschließen.

GR. Brenner-Nerat: Auch heuer kam wieder ein tolles Angebot mit vielfältigen Workshops und Ausflügen bei der Ferienaktion zustande. Besonders fielen mir die Kurse mit Tieren auf – Katze, Pony und Therapiehund –, wo die Jugendlichen den Umgang mit Tieren lernen, aber auch die dazugehörige Verantwortung. Mein Dank gilt der Sozial- und Jugendstadträtin und der Dienststelle Jugend für das tolle Angebot.

GR. Wartinger: Auch ich finde Ferienaktionen sehr wichtig. Neun Wochen Ferien sind einfach eine sehr lange Zeit und bei Aufteilung des Urlaubes der Eltern ist gemeinsamer Urlaub dann kaum mehr möglich. Beim Familienbund gibt es das Ferienprogramm „Talentolino“ und im Vergleich zur Ferienaktion möchte ich einiges hinterfragen. Warum waren 2013 um 200 Teilnehmer weniger? Einige Kurse wurden wesentlich teurer. Beim Magistrat kostet beispielsweise der Schwimmkurs 30 Euro und beim Familienbund kostet der Schwimmkurs inklusive Mittagessen 25 Euro mit einer Betreuung von 08.00 – 14.00 Uhr. Auch Tennis kostet beim Magistrat 35 Euro und beim Familienbund mit Essen 25 Euro. Das Sommeratelier, dabei wird es sich wahrscheinlich um einen Kreativkurs handeln, kostet beim Magistrat 42 Euro. Wir, beim Familienbund, bieten „Do-It-yourself-Werkstatt“, „Allerlei Kunst - Kunst allerlei“ und „Farbklecks und Pinseltupf“ um 27 Euro mit Mittagessen an. Heuer sind die Sportkurse mehr als die Kreativkurse ausgebucht.

Bezüglich der Anmeldung wurde mir von Familien berichtet, dass die Kurse schon vor Erscheinen des Ferienprogrammes ausgebucht sind. Beim Familienbund erfolgt die Anmeldung nach Datum und Uhrzeit. Aber grundsätzlich halte ich es für sehr wichtig, Kurse anzubieten und die Kinder zu betreuen und trotzdem möchte ich ein großes Lob an den Magistrat aussprechen.

GR. Josseck-Herdt: Die von Frau GR. Wartinger angesprochene um 200 Personen geringere Teilnehmerzahl stimmt so nicht, denn 120 Kinder und Jugendliche, die 2012 im Rahmen des Ferienprogrammes das Welios besuchten, wurden 2013 nicht mehr dazugezählt. Aber heuer haben wir tatsächlich 80 Teilnehmer weniger und eine geringere Anzahl an Veranstaltungen. Die einzelnen Veranstaltungen werden immer qualitätsvoller und dadurch rechtfertigt sich auch der höhere Preis. Ich möchte mich auch bei der zuständigen Dienststelle unter der Leitung von Herrn Mittermaier und seinem Team sehr herzlich bedanken. Heuer steht wieder viel Neues - vor allem Kreativangebote - auf dem Programm. Auch finde ich die Arbeit mit Tieren besonders wichtig und dass mehr als die Hälfte der Angebote den Sport umfasst, verstehe ich voll und ganz. Alles in

allem bin ich mit dem vorliegenden Programm sehr zufrieden, wünsche mir aber auch, die Anmeldungen mögen gerecht abgearbeitet werden. Auch ich hörte in diesem Zusammenhang von einigen verärgerten Eltern.

GR. Schönberger: Nachdem Frau GR. Wartinger so viel Werbung für den Familienbund machte, möchte ich dazu schon ergänzen, dass sehr viele Welser Sportvereine auch Ferienangebote anbieten, um den Kindern die Möglichkeit zur sportlichen Betätigung zu geben. Darüber hinaus bieten die Kinderfreunde ein großes Ferienprogramm an. Es wird sehr viel getan, um die Kinder zu beschäftigen und die Eltern in dieser Stadt zu entlasten. Dies ist Dank der Subventionen, die den verschiedenen Vereinen gewährt werden, möglich.

StR. Huber: Ich bedanke mich bei der Kollegin Josseck-Herdt für die Berichtigung und erwähne es noch einmal: Bisher lief die Anmeldung immer über die Dienststelle Jugend, jetzt erfolgt die Anmeldung direkt beim Welios. Durch die größeren Angebote der Kinderfreunde bzw. der Sportvereine, teilen sich die Teilnehmer natürlich auch etwas auf. Warum „Talentolino“ in manchen Bereichen etwas billiger ist als die Stadt Wels, werde ich mir ansehen. Vielleicht liegt es an den hohen Subventionen der Stadt Wels an „Talentolino“ oder an den Subventionen vom Land Oberösterreich? Bei den Anmeldungen zu Kursen, die bereits am ersten Tag ausgebucht sind, bemühen wir uns, weitere Kurse anzubieten. Ihre Bedenken werde ich natürlich an die Dienststelle weiterleiten.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Johann Reindl-Schwaighofer

15.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung eines Beirates zur Unterstützung und Förderung von Arbeit und Wirtschaft
DI-Verf-131-2014

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir von der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion haben angesichts der Entwicklung am Arbeitsmarkt überlegt, insgesamt im Bereich der Beschäftigung, dass es notwendig sein wird die Kräfte in unserer Stadt zu bündeln.

Aus diesem Grund haben wir einen Antrag vorgelegt, um für die Stadt Wels einen Beirat für Wirtschaft und Arbeit einzurichten, um die verschiedenen Problemlagen und die unterschiedlichen Handlungsfelder zu diskutieren und Handlungsableitungen gemeinsam zu beschließen.

Ich habe im Antrag ausgeführt, dass Wels als Teil des oberösterreichischen Zentralraumes und gleichzeitig mit Wien der dynamischste Wirtschaftsraum ist. Wir haben in der Stadt Wels zur Zeit die paradoxe Situation, dass wir einen Höchststand an Beschäftigung haben aber gleichzeitig in zwei Beschäftigungsgruppen, nämlich bei den 20- bis 29-jährigen und den 54- bis 59-jährigen, eine exorbitant hohe Arbeitslosigkeit haben. Wir wissen natürlich, dass gerade die Altersarbeitslosigkeit eine Arbeitslosigkeit ist, die nicht zuletzt durch die im Parlament beschlossenen Initiativen zur Eindämmung der Frühpensionierung gekommen ist. Das bedeutet, dass viele Menschen die vor ein paar Jahren vom Arbeitsmarkt in die Pension gegangen sind weil sie erkrankt sind, jetzt nicht in die Pension gehen können und wenn sie keine Beschäftigung finden in die Arbeitslosigkeit gehen müssen.

Wenn Sie den Medienberichten gefolgt sind, in einer großen österreichischen Tageszeitung wurde eine gute Statistik veröffentlicht, wie sich die Erwerbsquote in den unterschiedlichen Altersschichten in Österreich darstellt. Da kann man sehen, dass bei der Altersgruppe der 55- bis 64-jährigen eine Erwerbsquote von unter 50 % ist.

Das bedeutet, wir haben die Situation, dass einerseits im Bereich der Fachkräfte in der Industrie und im Gewerbe ein exorbitanter Fachkräftemangel herrscht und andererseits viele Fachkräfte, wenn sie den Arbeitsplatz wechseln müssen, betrieblich nicht mehr unterkommen. Ab dem Alter von 50 Jahren einen Job suchen ist eine Geschichte die fast zu 100 % zum Scheitern verurteilt ist, außer Sie sind Manager oder Geschäftsführer eines großen Betriebes, da arbeiten die Menschen noch um einiges länger. Um diese Facette der Altersarbeitslosigkeit mit dem Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zu verquicken, auch in dem zuletzt genannten Bereich ist es so, dass es mittlerweile diesen demographischen Knick gibt.

Das bedeutet, wir haben immer weniger junge Menschen an der Schwelle ins Ausbildungs- und Berufsleben und auf der anderen Seite immer mehr Jugendliche, was uns als Eltern natürlich freut, in berufsbildenden Schulen, weiterführenden Schulen, auf Universitäten usw.

Um diesen ganzen Bereich herum wäre es notwendig, dass wir als Stadt Wels unsere Kräfte bündeln und Betriebe, Institutionen, Sozialpartner, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer usw. einbinden um gemeinsam für die Stadt Wels eine Strategie zu entwickeln. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die TMG mit dem Land Oberösterreich eine ähnliche Geschichte auf betrieblicher Form verwirklicht hat, natürlich mit Institution mit hauptamtlichem Management, das nichts anders tut als die Vorteile des Landes Oberösterreich zu bündeln und in Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen zu kanalisieren.

Ich ersuche Sie mit uns gemeinsam diesen Antrag zum Wohle des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Wels zu beschließen.

GR. Pernkopf: Unserer Meinung nach haben wir mehr als ausreichend Gremien für Arbeit und Wirtschaft zur Verfügung. Als Spitzengremien darf ich hier die Arbeiter- und Wirtschaftskammer erwähnen. Das Arbeitsmarktservice und weitere private Arbeitsvermittlungen versuchen ihr Bestes und das mit gutem Erfolg. Die Verbesserung der Qualifizierung der Arbeitsplätze bzw. der Ausbildung und besonders wichtig die Fortbildung müssten hochwertig gefördert werden.

Das wahre Dilemma finden wir liegt bei der schulischen Ausbildung. Wenn wir unsere jungen Schülerinnen und Schüler in den Pflichtschulen nicht so weit bringen, dass sie einen positiven Abschluss erreichen, wird es schwer sie am Arbeitsmarkt einzugliedern und dementsprechend diese geforderten Arbeitsplätze mit Personal zu befüllen.

Das sehen wir in anderen Bereichen, dass dort die großen Mankos vorhanden sind. Auch im Bereich der polizeilichen Ausbildung müssen wir immer wieder sehen, dass mehr als 50 % der Werberinnen und Werber schon auf Grund des schulischen Mankos, speziell in Deutsch, nicht zum weiteren Verfahren zugelassen werden können.

Der Ansatz sollte durch besondere Rahmenbedingungen, weniger bürokratische Hürden, Gesetze die den Menschen im Vordergrund haben, Verfahren z. B. bei Widmungen mit vernünftigen Abwägungen zu Mensch und Natur, der Schutz des Menschen sollte bei jeder Entscheidung die Prämisse sein. Ob da ein Gremium mit sehr vielen Diskutanten der richtige Ansatz ist bleibt dahingestellt und wir von der ÖVP bezweifeln das stark.

Wir kennen diverse Bestände und Arbeitskreise. Die Ansätze mögen zwar gut sein aber ihr Mehrwert lässt meist zu wünschen übrig. Es soll nicht so enden „wenn ich nicht mehr weiter weiß will ich einen Arbeitskreis“.

Vzbgm. Dr. Rabl: Lieber Johnny ich gratuliere „zur Sau die du durch das Dorf treibst“. Man muss sagen, das ist per se für dich nichts Neues. Sie wird nur nicht recht weit kommen und das aus folgendem Grund.

Wir haben in Wels einen Gestaltungsbeirat, einen Kulturbeirat, einen Beirat für das Marketing, einen Messebeirat etc. Jetzt bekommen wir noch einen Wirtschaftsbeirat und einen Arbeitsbeirat, was der jedoch tun soll weiß niemand. Auch wenn du darstellst, er soll die „Kräfte bündeln“ stelle ich mir die Frage welche Kräfte. Die Gemeinde und die Stadt Wels ist nicht in der Lage für arbeitsmarktpolitische Verfehlungen der Bundesregierung irgendetwas zu tun. Die SPÖ hat außer Verwaltungen aufzubauen nichts weitergebracht um Arbeitsplätze zu schaffen.

Ganz im Gegenteil es wurden immer wieder neue Steuern und neue Normen erfunden die den Unternehmer soweit belasten, dass sie nichts anderes machen können als ständig nur Verwaltungsarbeit für andere. Arbeitsmarktpolitik sieht anders aus. Diese sollte so aussehen, dass man Unternehmen entlastet, in dem man Verwaltungsvorschriften weg nimmt und in dem man Bildung fördert. Das wäre Arbeitsmarktpolitik. Alles Dinge für die wir hier in der Stadt leider nicht zuständig sind sonst wäre es vielleicht anders weil dann könnte man durchaus auch eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik machen.

Tatsache ist, dass wir auch die Gelder gar nicht zur Verfügung haben um konkrete Maßnahmen zu setzen. Ich erinnere Herr Bürgermeister an ein Versprechen, dass sie bei der letzten Wahl abgegeben haben. Da haben Sie noch gesagt, sie garantieren jedem Jugendlichen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Tatsächlich haben wir derzeit eine Rekordarbeitslosigkeit bei den Jugendlichen und von Ihren Versprechen ist nicht wirklich viel geblieben. Das kann ich durchaus nachvollziehen weil dieses Versprechen, wie sie es abgegeben haben, nicht wirklich haltbar war. Aber das wurde schon vor sechs Jahren wesentlich kritisiert von uns.

Ich glaube daher, dass ein Arbeits- und Wirtschaftsbeirat der hier gefordert wird nur ein neues Gremium ist, eine neue Verwaltungsstruktur die verwaltet werden muss, wo man in Sitzungen zusammen sitzt anstatt, dass wir unsere Kräfte bündeln und zwar dort wo sie hingehören und zwar hierher in den Gemeinderat und in den Nationalrat wo man Sachen beschließen kann die für jeden der eine Wirtschaftszeitung liest oder auch in den Wirtschaftsgazetten blättert ohnehin bekannt sind. Da heißt es ganz einfach, die ÖVP hat dies einmal so beschrieben „Entfesselung der Wirtschaft“.

Unter diesem Schlagwort kann man sich was vorstellen. Das hätte ich mir auch von der ÖVP bundesweit erwartet, obwohl auch in der ÖVP in dieser Sache nicht viel passiert. Aber schon gar nicht von Seiten der SPÖ, die immer nur mit neuen Steuern kommt und das unter dem Titel der sozialen Gerechtigkeit, aber die Armen werden nicht reich indem man die Reichen arm macht sondern umgekehrt. Wenn man schon etwas machen soll, dann braucht es hier eine Steuergerechtigkeit, eine Wirtschafts- und Sozialgerechtigkeit. Hier spüre ich nur die soziale Kälte der SPÖ wo es immer nur darum geht weitere Steuer einzuheben und das kann ich in keinsten Weise unterstützen. Aus diesem Grund glaube ich auch, dass der neue Verwaltungsbeirat nicht wirklich dazu angetan ist irgendjemanden zu verändern.

Wenn jemand glaubt er muss mit Experten darüber reden, und das halte ich für sinnvoll, sollte man das in einem Rahmen machen der informell ist. Ich habe gegoogelt in welchen Städten es konkret einen Verwaltungsbeirat gibt. Denn wäre der so notwendig hätten auch andere Städte wie Graz, Innsbruck, Linz oder Wien einen solchen. Ich habe im Internet dazu nichts gefunden und insofern glaube ich, dass diese teilweise auch „rotregierten Städte“ eingesehen haben, dass ein Verwaltungsbeirat nicht wirklich geeignet ist etwas an der Situation zu verbessern.

Wir sollten sehen, dass wir die Probleme in Wels in den Griff bekommen und diese sind groß genug. Da geht es um Sicherheitsprobleme, Integrationsprobleme, Drogenprobleme und vieles mehr. Genauso um Arbeitsplätze sollte man sich kümmern, aber das können wir leider nicht in Wels, sondern das kann nur der Bund und dort gehört dieses Problem auch hin. Da werden Milliarden investiert und lieber Johnny, du bist selbst in einer Einrichtung die sich intensiv mit Arbeitslosigkeit beschäftigt und weist daher auch wie beschränkt die Möglichkeiten sind, die eine Stadt in diesem Rahmen hat.

Ich glaube daher, dass dieser Arbeits- und Wirtschaftsbeirat nur ein weiteres Gremium ist, das uns lähmt, das uns Arbeitskräfte bindet und tatsächlich keinen merklichen Erfolg zusammen bringt. Wir Freiheitlichen treten ja dafür ein, dass man Arbeitslosigkeit mit einer besseren Bildung bekämpft. Das war schon immer ein Anliegen von uns. Vor allem wenn man bedenkt, dass ein Viertel der Jugendlichen keinen Pflichtschulabschluss hat und Wels damit absoluter Spitzenreiter ist, so wissen wir wo wirklich die Probleme liegen - nämlich im Bildungsbereich. Dort gehört investiert, dort können wir auch als Gemeinde investieren, aber dazu brauchen wir keinen Arbeits- und Wirtschaftsausschuss sondern das ist jedem Gemeinderat, der sich regelmäßig die Amtsberichte durchliest, eigentlich bekannt.

Ich glaube daher wir sollten Sprachen fördern, denn Sprache ist etwas ganz wesentliches und sollten damit schon im Kindergarten beginnen. Wir sollten auch Sprachklassen in den Schulen einführen. Diese Probleme müssen wir erstmal beheben und wenn wir diese Probleme behoben haben können wir auch darüber reden, ob es eine positive Auswirkung auf den Arbeitsmarkt gehabt hat. Es geht um konkrete Maßnahmen die mir

hier leider fehlen. Das bloße Einrichten eines Arbeitskreises zeigt nur die Hilflosigkeit der SPÖ in dieser Frage, wo nichts Konkretes kommt und auch nie etwas Konkretes gesagt worden ist. Daher bin ich der Meinung, dass dieser Arbeitskreis nicht zielführend ist, beschäftigen wir uns mit konkreten Problemen und bieten konkrete Lösungen für die Leute an. Denn diese haben kein Verständnis, wenn die Probleme ständig nur in Arbeitskreise verlagert werden ohne, dass es hier konkrete Lösungsansätze gibt.

GR. Haböck: Herr Dr. Rabl, sie haben vollkommen Recht. Mich hat es heute geschüttelt als ich diesen Antrag gelesen habe. Dies ist insofern nicht dem zu verschulden, dass ich wahlkampfbedingt noch etwas ausgelaugt bin, sondern auf Grund der Einleitung in diesem Antrag. „Zur Unterstützung und Förderung von Arbeit und Wirtschaft in der Stadt Wels soll ein Beirat eingerichtet werden.“ Das ist so österreichisch, dass es eigentlich schon wieder eine Realsatire ist. Arbeit und Wirtschaft wird ausschließlich von Unternehmern und ihren Mitarbeitern erledigt und nicht von Beiräten.

„Die wirtschaftliche Dynamik geht nicht zuletzt von einem ausgezeichneten Mix von Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und der europäischen Zentrallage des Wirtschaftsraumes und von einer ausgezeichneten Infrastruktur hervor.“ Hier steht „nicht zuletzt“. Falsch! Ausschließlich! Das einzige was die Politik bei dieser Aufzählung zu tun hat ist, dass sie das zulässt. Sie muss die Dynamik zulassen, dass Unternehmer und Unternehmerinnen selbstständig werden, Unternehmen gründen, Mitarbeiter anstellen können, die Kosten niedrig sind für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass diese Mitarbeiter perfekt ausgebildet sind und dass eine perfekt ausgebaute Infrastruktur zur Verfügung steht. Auch europäische Zentrallage! Denn ein Land, das 60 % des Wohlstandes aus dem Export erwirtschaftet abzugrenzen und abzuschotten in Europa ist sicherlich kein Beitrag Arbeitslosigkeit zu verringern und Unternehmertum zu fördern.

Auch der Satz „Dies ergibt sich aus einer Reihe gesetzlicher Veränderungen die den Zugang von älteren Personen zur Pensionierung erschwert hat.“ Es gibt jetzt zwei Zugänge dazu. Ich erleichtere den Zugang zur Pension oder der Ansatz der für die jungen und älteren Generationen und für die Unternehmer, die diese Mitarbeiter anstellen oder auch im Betrieb halten wollen.

Ich erleichtere es den Unternehmern über die Lohnstückkosten, über die Versicherungsbeiträge. Das sind auch ältere Arbeitnehmer, die natürlich teurer sind, dass diese länger im Erwerbsleben stehen können. Das wäre der Ansatz der meiner Meinung nach der richtige ist. Wenn ich hier lese „Dieser Beirat soll sich um alle Fragen die sich um Arbeit und Wirtschaft stehen und der Stadt Wels und seinen Organen beratend zur Seite stehen.“ Das gibt es doch schon. Das nennt sich, neben den ganzen Beiräten die schon aufgezählt wurden, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer usw. Im Großen und Ganzen nennen wir das in Österreich Sozialpartnerschaft, dies hat sich bewährt, muss aber natürlich modernisiert und reformiert werden.

Ich sage es in aller Deutlichkeit die Zeit von Gremien und Beiräten ist vorbei. Es ist 5 vor 12 in Europa, Österreich und auch in Wels. Wir brauchen Infrastruktur, wir brauchen Bildung und hier ist PISA und BIFI nur ein kleiner Ausfluss dessen, wie die Bildungspolitik in Österreich aussieht. Wir brauchen Unternehmertum, wir brauchen Selbstständige. Nicht nur Manager und Geschäftsführer stehen länger im Erwerbsleben auch Selbstständige. Diese sind auch im Durchschnitt gesünder und glücklicher. Wir müssen Selbst-

ständigkeit und Unternehmertum fördern, dass diese Leute die ein Risiko auf sich nehmen Mitarbeiter anstellen und Leuten einen Job ermöglichen.

Ohne Überregulierung ist ein Hauptteil der Regulierung in Österreich. Dazu kommt das sogenannte Golden Plating wo europäische Vorschriften verdreifacht und vervierfacht werden in ihrer Strenge. Wir müssen Regulierungen abbauen, die Bildung stärken, Sprachen, nicht nur Deutsch sondern allgemein den Spracherwerb stärken. Denn in einem globalisierten Markt ist Sprache ein wichtiger Schlüssel, damit diese jungen Menschen auch selbstständig werden und ihr eigenes Leben führen können. Ich bin froh, dass Vzbgm. Dr. Rabl und die FPÖ Wels das genauso sieht und wir werden diesem Beirat auch nicht zustimmen, denn hier geht es um fundamentale Fragen. Dieser Antrag zeigt nur wie Wirtschaftspolitik in Österreich gesehen wird und zwar über Gremien und Beiräte. Das lehnt die ÖVP Wels dezidiert ab.

GR. Schönberger: Natürlich muss die Politik Plattformen schaffen wo man sich über regionale Probleme unterhält. Wir können wie „über den Kaiser seinen Bart“ über die Bundesgesetze in Wels diskutieren nur ändern werden wir sie von hier aus nicht können, denn diese kommen vom Nationalrat.

Dann müssen wir halt, die Probleme die wir in Wels haben, mit den großen Welser Unternehmen, Körperschaften, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer gemeinsam lösen und uns an einen Tisch setzen und darüber reden. Natürlich können wir auch mit den Banken reden was zu tun ist um Klein- und Mittelbetriebe unterstützen können und damit diese auch zu Krediten kommen. Die Unternehmen haben nämlich kein Problem bei der Gründung sondern bei der Fortführung und Erweiterung ihrer Betriebe. Natürlich sind auf Bundesebene die Banken mit Milliarden gefördert worden nur kommen diese bei den Klein- und Mittelbetrieben nicht an. Hier kann man mit allen handelnden Bankinstituten vor Ort, mit den Unternehmern, mit denen die interessiert sind eine Plattform bilden um solche Probleme regional zu lösen.

Man kann auch mit einem Unternehmer sprechen, der zum Beispiel am Freitag drei Bäcker aus Österreich hinauswirft und am Montag drei ungarische einstellt, dass das für den Arbeitsraum Wels nicht förderlich ist. Kann man alles machen und ich glaube, dass so regionale Plattformen durchaus dafür geschaffen sind um eine Kommunikation zustande zu bringen.

GR. Manfred Wiesinger: Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, denn die Arbeitsplätze schaffen die Unternehmer. Ich glaube wir brauchen in diesem Fall keinen Beirat denn die Unternehmer und Betriebe teilen oft über öffentliche Medien mit, was sie brauchen. Einige Punkte sind hier schon genannt worden mit dem Bereich Lohnnebenkosten, bessere Ausbildung der Personen, usw. Man muss nur das, was die Unternehmer fordern, hören und umsetzen. Mehr braucht man nicht machen. Es ist auch sehr wohl und richtig gesagt worden und teilweise ist es sogar in der Begründung angeführt, sehr viele dieser Sachen, die gemacht werden müssen, müssen auf Landes- und Bundesebene gemacht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ-Fraktion, wie es GR. Haböck mit einem Zwischenruf berechtigt eingebracht hat, habt ihr einen Nationalrat, von Wels in Wien sitzen, der sogar Unternehmer ist. Der muss diese Anträge einbringen, damit sich in diesen Richtung etwas löst. Es ist nicht ganz richtig, dass in gewissen Bereichen nicht auch in Wels etwas gemacht werden kann. Wie ich bei der Budgetsitzung bereits angemerkt

habe, dass endlich einmal was gemacht werden muss, damit sich Unternehmer in Wels auch wohler fühlen und wissen, dass sie hier gewollt sind und dass sie unterstützt werden. Das wäre ähnlich, sie auch bei diesem Bürokratiedschungel zu unterstützen, der auch schon angesprochen worden ist, das wäre gerade für Betriebserweiterungen und Betriebsansiedlungen ein One-Stop-Shop, wo ein Unternehmer hingehen kann und unterstützt wird; dass er alle Bewilligungen bekommt und nicht von einem Ort zum anderen laufen muss.

Herr GR. Reindl-Schwaighofer! Sie haben die TMG angesprochen. Die TMG ist sicher ein Beispiel, wo man für Wels auch sicher etwas mitnehmen kann. Nur hier gäbe es auch schon eine Institution, die nur personell und finanziell verstärkt werden müsste und ihnen auch ein klarer Arbeitsauftrag gegeben werden müsste, in dieser Richtung zu arbeiten. Das wäre dann im Stadtmarketing das Standortmarketing. Hier müsste mehr gemacht werden und zwar nicht nur im Bereich, wie es jetzt gemacht wird und zwar in der Innenstadt bei Handelsgeschäften, sondern sie müssten für Ansiedlungen von größeren Betrieben an der Stadtgrenze aktiver werden.

Das alles gehört in diese Richtung gemacht, wo die FPÖ schon öfter urgiert hat, und auch wir verwundert sind, warum das so lange dauert, ist der Bereich der Wirtschaftsförderungen. Hier gehört endlich etwas geändert und ein Zeichen gesetzt, dass wir aktiver sind. Das alles sind Punkte, die gemacht werden müssen, damit es wieder besser aussieht. Wir wissen es, wir müssen es nur tun. Dazu brauchen wir keinen Beirat.

GR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die lebhaftige Diskussion. Ich denke mir, dass alleine die Diskussion, auch die Art und Weise wie diskutiert worden ist schon ein Beweis dafür ist, dass es in diesem Bereich sehr viel Diskussions- und Gesprächsstoff für einen Beirat geben würde. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass der ÖVP- und FPÖ-Fraktion die Sorgen der Menschen, die arbeitslos sind, und die Probleme, die Betriebe haben, am Standort Wels egal sind. Es geht ihnen im Wesentlichen nur darum, in der Stadt die Kräfte zu bündeln wie es in anderen Bereichen bereits gemacht wird und es stimmt.

Vzbgm. Dr. Rabl hat auch verschiedene Beiräte aufgezählt und ich bin mir ganz sicher, dass der Kulturreferent mit mir einer Meinung ist, dass der Kulturbeirat eine wichtige und richtige Einrichtung in unserer Stadt ist. Ich möchte jetzt nicht nachsehen, wie wir das damals beschlossen haben, dass wir einen Kulturbeirat einrichten was so mancher in dieser Debatte zum Kulturbeirat gesagt hat.

Aber wenn ich trotzdem auf ein paar Punkte eingehen darf. Herr GR. Haböck hat sehr emotional seine Philosophie vorgetragen. Wichtig wäre, wenn du dies deinem Bundesparteiobmann sagen würdest, der gerade dabei ist, durch Verweigern einer Steuerreform den Karren gegen die Wand zu fahren. Aber nicht hier im Welser Gemeinderat den Sozialdemokraten die Schuld zu zuschieben zu versuchen. Das sind die Versäumnisse die von der ÖVP kommen. Der Wirtschaftsminister würde sich freuen, wenn er deine Worte lesen könnte. Aber wir wissen ja, dass in Österreich die Bundesverfassung so ist, dass der Kanzler kein Dirimierungsrecht hat sondern die Ressort-Verantwortung bis zum Ende geht und, dass eigentlich der Minister entlassen werden müsste, wenn der Kanzler eine andere Meinung durchsetzen will. Aber das ist nur ein Exkurs, damit du auch etwas breiter aufgestellt bist.

Auf der anderen Seite stimmt die von Kollege GR. Pernkopf gestellte Frage bezüglich Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer usw. Ich bin nur der Meinung, dass wir diese Kräfte

te bündeln müssen. Ich bin nur der Meinung, dass wir gemeinsam eine Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Wels haben und auch für die Großregion Wels. Wenn wir der Meinung sind, dass wir gemeinsam diese Verantwortung haben, dann müssten wir alle Mittel ergreifen, um positive Aspekte für diesen Wirtschaftsraum, für die Unternehmen, für die Arbeitskräfte usw. zu setzen.

Da bin ich der Meinung, dass ein Wirtschafts- und Arbeitsbeirat eine schöne Möglichkeit wäre, diese Kräfte zu bündeln. Mehr will ich dazu nicht sagen. Man kann natürlich auch sagen, ein Wirtschafts- und Arbeitsbeirat ist ein Verwaltungsbeirat und dann den Verwaltungsbeirat geiseln. Aber das überlass ich Vzbgm. Dr. Rabl, der Themenverfehlung begeht und über etwas anderes spricht.

Die Ausbildungsgarantie der Bundesregierung sagt nichts anders und es ist auch umgesetzt, dass jeder Jugendliche, der keine Lehrstelle oder keine Ausbildungsplatz bekommt, innerhalb von sechs Monaten vom Arbeitsmarktservice einen Ersatzbildungsplatz angeboten bekommt. Es gibt in Österreich tausende Jugendliche die am Arbeitsmarkt als erstes nicht durchkommen, weil sie von den Betrieben nicht aufgenommen werden, weil sie unterschiedliche Hinderungsgründe haben, wie wissen, dass bei weitem nicht alle Jugendlichen bereit sind, mit 15 einen Job zu beginnen und diese § 30 Ausbildungen sind eine hervorragende Maßnahme, zum Beispiel Jugendliche an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Das ist umgesetzt, auch wenn Sie das nicht wissen. Das hat mit der Jugendarbeitslosigkeit der 20- bis 29-jährigen relativ wenig zu tun. Die Frage dieser einzelnen Maßnahmen ist doch, dass man sie wissen muss, verstehen muss und auch in der Lage sein muss, das wiederzugeben. Aber ich ersuche Sie aus dieser Debatte heraus und ich habe dies auch schon als ersten Satz gesagt, mit uns gemeinsam diesen Beirat zu beschließen zum Wohle des Standortes Wels.

Der Initiativantrag (Anlage 18) zu Punkt 15. der Tagesordnung wird mit

gegen 14 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
19 Nein-Stimmen (FPÖ und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Humer ist bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ich informiere Sie nur der Ordnung halber. Ich habe Vzbgm. Lehner vorgeschlagen ein Wirtschaftsgespräch in Wels zu führen über Anregung von Vzbgm. Dr. Rabl etwas informell zu tun. Er soll alle einladen die dies betrifft. Ich habe es befürchtet, dass dieses Ergebnis heute herauskommt und habe mir natürlich trotzdem etwas überlegt weil ich die Thematik für bedeutend und wichtig halte, auch wenn unsere Grenzen in bestimmten Bereichen durch übergeordnete Stellen beschränkt sind.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

16.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erlassung eines Oö. Baumschutzgesetzes;
Resolution an den Oö. Landtag
DI-Verf-134-2014

GR. Mag. Teubl: Wir alle lieben die Wälder, Wälder die eine nicht unerhebliche Fläche unseres Heimatlandes bedecken. Aber viele von uns meinen, in einer Stadt hätten Bäume eine geringere Bedeutung. Viele meinen sogar, Bäume würden der Entwicklung einer Stadt im Wege stehen. Dem ist natürlich nicht so. Gerade im städtischen Raum brauchen wir Bäume in einem ganz besonderen Maße.

Erstens haben Bäume einen unmittelbaren Erlebniswert im Stadtraum. Wer von uns setzt sich nicht gerne an einem sonnigen Tag auf eine Parkbank unter einen schönen großen Baum und lässt die Seele baumeln. Wer freut sich nicht im Frühjahr und im Frühsommer über blühende Bäume, außer vielleicht Allergiker, die damit Probleme haben. Wer empfindet nicht die beruhigende Wirkung des Grüns der Blätter. Wir wissen alle, dass Bäume für eine heitere und entspannte Stimmung sorgen. Im Gegensatz zu einer Allee wirkt eine Straße ohne Bäume öde und bedrückend.

Zweitens erhöhen Bäume die Attraktivität einer Stadt. Sie bewirken ein gepflegtes Orts- und Landschaftsbild und dienen der Belebung des Tourismus. Nur Städte mit viel Grün werden von Touristen im Gegensatz zu zubetonierten Stadtwüsten gerne besucht. Weshalb auch der Tourismus von einem Baumschutzgesetz profitieren würde, den man verweilt lieber in einer Stadt, die durch Grünoasen aufgelockert wird.

Bäume erhöhen auch Attraktivität des Wohnumfeldes und sichern somit als weicher Standortfaktor den Wirtschaftsstandort. Bereits mehrfach wurde in Studien aufgezeigt, dass unverbaute Frei- und Grünflächen, Parks und Bäume in Städten ganz wesentlich die Lebensqualität im unmittelbaren Wohnumfeld erhöhen und dass zum Beispiel Wien immer wieder als die europäische Großstadt mit der höchsten Lebensqualität genannt wird, ist auch maßgeblich darauf zurück zu führen, dass ca. ein Drittel der Stadfläche nach wie vor Grünraum ist.

Drittens vermindern Bäume auch die Lärmbelastung. Bäume können Lärm um bis zu 12 Dezibel vermindern, was im Stadtgebiet ebenfalls von großer Bedeutung für die Lebensqualität ist. Ist doch die Lärmbelastung einer der am intensivsten empfundenen Beeinträchtigungen der Lebensqualität und auf die Dauer obendrein gesundheitsschädlich.

Viertens sind Bäume gut fürs Stadtklima. Gerade in den heißen Sommermonaten zeigt sich, wie wichtig ein ausreichender Baumbestand in Städten ist. Sie spenden Schatten, senken die Lufttemperatur und erhöhen die Luftfeuchtigkeit. Unter Bäumen ist die Temperatur zwei bis drei Grad kühler als in der Umgebung und eine Straße mit Alleebäumen ist gar um sechs Grad kühler als eine baumlose Straße. Wenn wir wissen, dass wir die Klimaveränderung nicht stoppen werden können und das wir auch im Sommer mit

extremere Temperaturen rechnen müssen, müsste es uns eigentlich ein ganz besonderes Anliegen sein, möglichst viele Bäume zu erhalten.

Bäume nehmen außerdem Kohlendioxid aus der Luft auf und geben Sauerstoff ab. Das haben wir in der Schule gelernt und das ist auch in einer Stadt besonders wichtig. Denn zum Beispiel die Verbrennungsmotoren unserer Autos verbrauchen Sauerstoff und emittieren Schadstoffe. Schließlich ist auch die Schadstofffilterwirkung der Bäume enorm. Stadtbäume bilden Staub an den Blattoberflächen und auch weil Wels bei den Feinstaubwerten immer wieder in einen Bereich kommt wo einer Überschreitung erfolgt, sollte uns der Schutz der großen alten Bäume wichtig sein.

Als letzten Punkt möchte ich anmerken, dass Bäume auch ein Lebensraum für die Tierwelt ist. Besonders ältere Bäume sind von hoher ökologischer Bedeutung, denn sie bieten Brutplätze und Lebensräume für viele Tiere, wie Vögel, Eichhörnchen, Fledermäuse und Insekten in der Stadt. Wer möchte nicht lieber von dem Zwitschern der Vögel geweckt werden als vom Brummen eines LKW's.

Ich habe Ihnen das alles aufgezählt, weil ich den Eindruck habe, dass viele in Wels in keiner Weise erfassen, welche große Bedeutung die Bäume für unser Leben haben. Die Realität in Wels sieht nämlich anders aus. Gefällte Bäume entlang der Maria-Theresia-Straße, gefällte Bäume in der Dragonerstraße und in der Franz-Fritsch-Straße, Rodungen im Schlosspark Lichtenegg, entlang des Mühlbaches oder im Messegelände bei der südlichen Pollheimerstraße. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Einmal müssen fünf Bäume weichen, weil eine Bushaltestelle umgebaut wird wie in der Maria-Theresia-Straße, dann werden unzählige Bäume umgeschnitten, um Parkplätze zu schaffen wie südlich des Welios oder vor längerer Zeit schon in der Eiselsbergstraße. Dann wieder wird der Baumbestand eines Parkes ganz fürchterlich dezimiert, um Bauprojekte mitten in einer einst einzigen Erholungszone zu verwirklichen. Schließlich wird ein wunderschöner alter Baumbestand auf einem Villengrundstück in der Volksgartenstraße völlig grundlos abgeholzt.

Es gibt inzwischen immer mehr Welserinnen und Welser, denen der leichtfertige Griff zur Kettensäge missfällt. Beschwerden am Magistrat gehen aber oftmals ins Leere. Die Vertreter der Stadt wimmeln die Menschen ab; bei privaten Grundstücken mit dem Argument, dass man Privaten keine Vorschriften machen kann und wenn es sich um öffentlichen Grund handelt, wird mit nicht überprüfbaren Sicherheitsbedenken jeder Einwand abgeschmettert.

So wenden sich besorgte Bürgerinnen und Bürger immer häufiger an uns Grüne, weil Stadt, Genossenschaften und Privatpersonen zu sorglos mit dem vorhandenen Baumbestand umgehen und alte Bäume aus oft nicht ersichtlichen Gründen weichen müssen. Für die Grünen-Wels zeigen die jüngsten Baumschnittaktionen, dass es tatsächlich endlich eine vernünftige Regelung braucht, um den alten Baumbestand vor den Kettensägen zu bewahren. Besonders unverzeihlich ist für mich der oft lieblose Umgang mit Bäumen durch die Stadt selbst. Ist ein Ast morsch, wird mitunter der ganze Baum gefällt. Dass man so manchen Baum durch unsachgemäße Baumpflegemaßnahmen oder Betonierung seines Standortes geradezu umgebracht hat, ist ebenfalls eine Tatsache. Bei Baummaßnahmen scheint eine baumschonende Planung ein Fremdwort zu sein.

Seit einiger Zeit arbeitet die Stadtgärtnerei an einem sogenannten Baumkataster. Dieser Baumkataster ist ein guter Anfang, wird doch damit zumindest einmal der Bestand dokumentiert. Wenn aber parallel dazu eine Anzahl schöner, alter Bäume gefällt wird, wie es in letzter Zeit der Fall war, werden diese Bemühungen gleich wieder konterkariert.

Die Beteuerung der Stadtgärtnerei, man würde immer mehr Bäume nachpflanzen; als gefällt wurden, sind zwar gutgemeint, aber sie können den alten Baumbestand nicht ersetzen. Schließlich dauert es Jahrzehnte, bis ein frischgesetzter Jungbaum die Blattmasse eines alten Baumes erreicht hat. Einen hundertjährigen Baum umschneiden und stattdessen ein junges Bäumchen frisch aus der Baumschule an seine Stelle zu setzen, wird nicht ausreichen, um denselben Effekt zu erzielen.

Daher sollte jede Baumfällmaßnahme sehr gut überlegt werden. Schließlich ist anzumerken, dass die Neupflanzung überhaupt unterbleibt, wie die zahllosen Lücken der Reihen unserer Alleen nur allzu deutlich kundtun. Es stimmt auch nicht, dass man jede Rodungsmaßnahme auf einem Privatgrundstück einfach hinnehmen muss. Das zeigen Baumschutzgesetze aus dem In- und Ausland.

Nun zum Inhalt des Baumschutzgesetz und gleichzeitig dem Inhalt unseres Antrages. Wir Grüne haben immer wieder Baumschnittmaßnahmen angeprangert, es ist uns aber auch nicht möglich, uns an jeden einzelnen bedrohten Baum anzuketten und so zu verteidigen. Wir wollen daher für oberösterreichische Städte ein modernes und bürgerinnen- und bürgerfreundliches Gesetz zum Schutz der Bäume, wie es in Wien, Graz, Salzburg und vielen anderen europäischen Ländern längst Standard ist. Beispielweise das Wiener Baumschutzgesetz datiert schon seit dem Jahre 1974 und wird bis heute völlig problemlos umgesetzt.

Wir fordern Sie mit diesem Antrag auf, mittels einer Resolution den Oberösterreichischen Landtag aufzufordern, ein solches Baumschutzgesetz zu erarbeiten. Wir legen besonderen Wert darauf, dass ein solches Gesetz so gestaltet wird, dass es unbürokratisch anwendbar ist. Denn wir wollen keineswegs Bürgerinnen und Bürger, die einen Baum fällen wollen oder müssen, schikanieren, sondern wir wollen dazu beitragen das mit diesen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsame Lösungen gesucht werden, den Baumbestand soweit wie möglich zu erhalten und eventuelle Ersatzmaßnahmen zu setzen.

Da hätten wir uns natürlich auch die Unterstützung der Frau Umweltstadträtin erhofft. Doch leider kam es anders. StR. Raggl-Mühlberger hat bereits im Vorfeld dieser Sitzung alles versucht, um dieses grüne Anliegen in den Medien dadurch zu desavouieren, dass sie uns unterstellt hat, wir wollten eine Strafe von 1.000,00 Euro für jeden gefällten Baum einführen. Dies hab ich mit großer Verwunderung der Zeitung entnommen, denn das ist natürlich Unsinn. Uns geht es um den Schutz der Bäume, nicht um Strafmaßnahmen. Aber dass eine Missachtung eines Gesetzes sanktioniert werden muss, ist natürlich auch selbstverständlich. Im Wiener Baumschutzgesetz steht zum Beispiel wer mehr als 20 Bäume ohne Genehmigung fällt, für den sind noch viel drastischeren Maßnahmen vorgesehen als 1.000,00 Euro.

Was also würde ein Baumschutzgesetz bewirken? Nehmen wir das Wiener Beispiel. Das Wiener Baumschutzgesetz betrifft alle Bäume in Wien, auch private. Es gilt für Bäume ab einen Stammumfang von 40 cm gemessen in einer Meter Höhe. Ausge-

nommen sind Obstbäume, Bäume in Kleingärten und Bäume in Forsten. In allen übrigen Fällen ist eine Baumentfernung genehmigungspflichtig; doch dafür reicht eine einfache Onlineanmeldung oder ein formloses Schreiben. Dann beurteilt der Baumschutzreferent den Baumzustand aus gärtnerischer Sicht und bespricht mit den Antragstellern mögliche Ersatzleistungen für das Entfernen des Baumes. In der Regel sind dies Neupflanzungen und wenn dies nicht möglich ist, wird eine widmungsgebundene Abgeltungsgebühr eingehoben. Dies ist eine Gebühr, die dafür verwendet wird, an anderer Stelle wieder Bäume zu pflanzen.

Dieses System ist bereits seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts in Wien in Gebrauch und funktioniert offenbar völlig klaglos. Dieses System hat auch mitbewirkt, dass Grün in Wien nach wie vor eine Farbe ist, die in weiten Stadtbereichen dominiert und die zur Lebensqualität in dieser Großstadt beiträgt.

Warum sollte dies in Wels nicht funktionieren. Warum sollten wir uns nicht Gedanken darüber machen, wie wir den Baumbestand in Wels erhalten können. Ich denke ich habe Ihnen in großer Zahl gute Gründe dafür angeführt. Daher ersuche ich Sie um Unterstützung unseres Antrages.

GR. Ganzert: Danke für die zahlreiche Information zum Thema Bäume und Umwelt. Ich bin jedoch trotzdem der Meinung, und hier kann ich für die ganze Fraktion der Sozialdemokraten sprechen, dass der Text „das Gesetz soll bürgerInnenfreundlich und unbürokratisch anwendbar sein“ zu wenig ist und auch, dass noch zu wenig darüber gesprochen worden ist innerhalb der Fraktionen und im Gemeinderat. Insofern denke ich, es wäre das Beste, den Antrag an den Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsschuss zuzuweisen, um ihn dort weiterhin zu besprechen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Ganzert auf Zuweisung an den Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung wird bei

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ- Fraktion)
20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Lindlbauer, GR. Wildfellner und GR. Manfred Wiesinger sind bei o.a Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

StR. Raggl-Mühlberger: Die Grünen forderten bereits in der Gemeinderatssitzung am 16.3.2009 in einer Resolution an das Land Oberösterreich die Erlassung eines Baumschutzgesetzes wie in Wien und in der Steiermark. Das Gesetz in Wien, das hier oftmals zitiert wird sieht vor, dass für jeden auch im privaten Garten gefällten Baum bei einem Meter Höhe und 40 cm Umfang eine Bewilligung eingeholt werden muss.

Nun ein Zitat aus dem Gesetz selbst: „Die Ausgleichsabgabe ergibt sich aus dem Produkt des Einheitssatzes und jener Zahl der Bäume, um die nach den bescheidmäßigen Feststellungen gemäß § 6 die Zahl der Ersatzpflanzungen hinter der gesetzlich geforderten Zahl zurückbleibt. Der Einheitssatz beträgt 1.090.Euro.“

Weiters „Die Verwaltungsübertretungen sind vom Magistrat in den Fällen des Abs. 2 mit Geldstrafen von 700 Euro bis zu 42.000 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen, mit Geldstrafe bis zu 7.000 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu zwei Wochen zu bestrafen.“

Weiters muss unmittelbar „ein Ersatzbaum mittlerer Baumschulenqualität (8 bis 15 cm Stammumfang) gepflanzt“ werden. Bei Nichteinhaltung können Strafen in der Höhe von bis zu 7.000 Euro verhängt werden. Die Pflicht der Ersatzpflanzung „gilt erst dann als erfüllt, wenn diese durch fünf Jahre hindurch keine Anzeichen von Schädigungen aufweist. Ist dies nicht der Fall, ist eine nochmalige Ersatzpflanzung nach den Bestimmungen nach § 6 vorzuschreiben.“ Wiener Baumschutzgesetz.

Da frage ich mich, wo bleibt da das einfache Abhandeln von diesen Dingen. Der in der Begründung angeführten Bedeutung und Wichtigkeit der Bäume und Grünflächen in der Stadt kann ich voll inhaltlich teilen und bin in diesem Punkt ganz Ihrer Meinung, Herr GR. Teubl. Um die Qualität und die richtige Pflege von Bäumen zu gewährleisten, gibt es in Wels den Baumkataster für das öffentliche Gut, in dem der Zustand und die wichtigsten Merkmale und Pflegebedürfnisse eines jeden Baumes notiert ist. Damit gewährleisten wir, dass nur Bäume gefällt werden, bei denen es unumgänglich ist. Jeder im öffentlichen Raum gefällter Baum muss jedoch abgegolten werden und ein neuer gepflanzt werden. So ist es der Stadtgärtnerei auch gelungen, eine Ulme zu retten, die 200 Jahre alt war bei Errichtung der Kletterhalle. Wie Sie außerdem aus dem Amtsblatt entnehmen können, werde ich jeden Monat mit Presseberichten einen Baum vorstellen, da wir oft an Bäumen, ohne uns bewusst zu sein, dass diese unter Naturdenkmal stehen, vorbeifahren. Der nächste Baum, den ich vorstellen werde, ist der Taschentuchbaum im Burggarten, da dieser Seltenheitswert hat. Sie sehen, mir sind Bäume sichtlich wichtig.

Wir, die Welser Freiheitlichen, lehnen es jedoch ab, mit einem Baumschutzgesetz die Entscheidung über Art und Zeitpunkt der Baumpflege bzw. Entfernung von bürokratischen Vorgängen abhängig machen zu lassen. Die Gartengestaltung soll nicht von öffentlicher Hand bestimmt werden, sondern jedem selbst überlassen sein. Außerdem ist zu befürchten, dass bevor das Gesetz in Kraft tritt, noch viele Grundbesitzer ihre Bäume präventiv fällen lassen.

GR. Haböck: Es gibt einige Dinge, die ich liebe, aber ich glaube es ist völlig klar, was Sie hier aufgezeigt haben, Herr GR. Teubl, so wie das Blätterrauschen usw ist sehr schön.

Zweitens, ich liebe Privatautonomie. Also so wenig wie möglich Einmischung des Staates in das private Eigentum der Bürger und da zählt auch ein Garten dazu.

Das Dritte, ich liebe Deregulierung und ich möchte bitte keinen mehr über die EU schimpfen hören, wenn wir hier auf Verwaltungsebene in Stadt, Land und Bund einen Baumdurchmesser ganz genau geregelt haben wollen.

Das Vierte, ich liebe Subsidiarität, sprich man soll alles in der kleinsten möglichen Einheit regeln, dort wo es am leichtesten zu regeln ist.

Es stellt sich für mich die Frage, warum wir für ein Thema, das Stadtentwicklung, Stadtbild usw. anbelangt, überhaupt eine Resolution für ein Landesgesetz gestellt wird. Also

warum wir es auf die übergeordnete Ebene bringen, wenn es ein Stadttthema ist, das wir hier, in welcher Form auch immer, regeln können.

Fünftens, ich glaube, wir brauchen nicht für alles Regelungen, so wenig Regelung wie möglich. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier in diesem politischen Gremium durchaus in den meisten Bereichen einer Meinung sind und wir auch Dinge ausdiskutieren können, auch wenn es um Baumfällarbeiten geht. Deswegen schlage ich vor, diskutieren wir das lieber im Einzelfall, hier im Gremium, wo es hingehört und ich halte es mit Montesquieu „wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen dann ist es unbedingt notwendig kein Gesetz zu erlassen.“

GR. Mag. Teubl: Die Frage, ob man das als Stadt Wels selbstständig regeln kann, scheint mir dahingehend beantwortet zu sein, dass das nicht möglich ist. Deshalb der Wunsch, sich an das Land zu wenden, um eine Regelung herbeizuführen; weil meines Erachtens im Gegensatz zu den Ausführungen von Kollegen Haböck die Situation in Wels gerade danach schreit, Bäume zu schützen.

Frau Umweltstadträtin Raggl-Mühlberger, ich muss Sie leider beim Zitieren des Wiener Baumschutzgesetzes ein bisschen unterstützen. Sie haben vorgelesen, dass ein Baum ab einem Meter Höhe bereits von diesem Gesetz betroffen ist. Das stimmt nur leider nicht. Ich habe es vorhin zitiert „ein Baum der in einem Meter Höhe 40 cm Baumumfang hat“. Das ist die Regelung. Das der Baum wenn er 40 cm Umfang hat, natürlich wesentlich höher als einen Meter ist, dass dürfte doch wohl klar sein.

Die Zweite Unklarheit betrifft das Zitat bezüglich der Strafbestimmungen und auch da habe ich bereits vorab gesagt, dass diese hohen Strafen, die Sie zitiert haben, nicht für einen einzelnen gefälltten Baum, sondern eine großflächige Rodung von mehr als 20 Bäumen vorgesehen sind. Also wenn jemand ohne es vorher anzuzeigen und mit der Stadtgärtnerei zu sprechen eine ganze Menge von Bäumen fällt, können solche Verwaltungsstrafen auferlegt werden. Das ist denke ich etwas anders.

Es geht im Grunde darum, dass Baumfällmaßnahmen nicht einfach vorgenommen werden, ohne nachzudenken sondern unter Anleitung von Experten. Das gilt natürlich nicht nur für das Baumfällen, sondern generell für den Umgang mit Bäumen zum Beispiel bei Grabungsarbeiten, wo Wurzeln verletzt werden und viele andere Maßnahmen, wo es auch darauf ankäme. Da ist die Stadt sehr wohl gefordert und kann die Stadt auch von sich aus etwas tun, den Menschen Anleitungen zu geben, zu zeigen, wie der richtige Umgang mit großen Bäumen auch bei Baumaßnahmen zu gestalten ist. Ich glaube, da könnten wir sehr wohl von Wels aus tätig werden. Für ein Baumschutzgesetz fehlt uns leider die Kompetenz und deshalb dieser Antrag. Es stimmt, dass wir ihn schon einmal eingebracht haben; sollte er heute wieder abgelehnt werden, werden wir ihn solange einbringen, bis er irgendwann durchgeht.

Der Initiativantrag (Anlage 19) Punkt 16. der Tagesordnung wird mit

	<u>2 Ja-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei	<u>13 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Weidinger ist bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Maßnahmen für die Freizeitanlage Wimpassing
DI-Verf-147-2014

StR. Raggl-Mühlberger: Der Gemeinderat der Stadt Wels soll einen Überwachungsschwerpunkt in der Freizeitanlage Wimpassing durch die Ordnungswache für die nächsten vier Wochen beschließen. Sollte es in diesem Zeitraum wiederholt Verstöße gegen die Hausordnung, explizit gegen das Grillen an verbotenen Stellen, geben, so soll der Gemeinderat bei der Gemeinderatssitzung am 30. Juni 2014 eine Verordnung betreffend ein generelles Grillverbot beschließen.

Misstände können durch die Ordnungswache selber, aber auch durch die Bewohner, die diese mit datumsignierten Fotos belegen, aufgezeigt werden. In der noch sehr kurzen Grillsaison 2014 konnten bereits mehr als 15 Verstöße von der Ordnungswache aufgenommen werden. Es handelt sich dabei um das Grillen auf der Böschung, der BMX-Bahn und am Parkplatz. Aufgezeichnet wurden dabei nicht, wenn anstelle der Grillbetonringe eigene Griller verwendet oder Bodenfeuer entzündet wurden. Letztes Jahr im Mai bei der Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, dass das Grillen in der Freizeitanlage nur an den dafür vorgesehenen Plätzen erlaubt ist. Die FPÖ-Fraktion brachte dazu einen Zusatzeintrag ein: Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen in der Hauptsaisonzeit eine durchgehende Überwachung der Freizeitanlage Wimpassing gewährleistet wird. Mit 31-Ja-Stimmen wurde diesem Antrag die Zustimmung erteilt.

Aufgrund eines regen Mail-Verkehrs wissen wir, dass es nach wie vor massive Probleme mit dem Grillen in der Freizeitanlage gibt. Unzählige Bodenfeuer stellen auch eine nicht zu vergessende Gefahrenquelle dar. Außerdem sind Bodenfeuer laut Landesgesetz verboten. Laut Hausordnung dürfen nur kleine Müllmengen, wie Bananenschalen, Jausenbrote oder Zigarettenverpackungen entsorgt werden. Größere Abfallmengen, die eben beim Aufenthalt entstehen, müssen wieder mitgenommen werden. Mit Hilfe einer vertraglichen Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Lebenshilfe ist es uns Gott sei Dank möglich, die Freizeitanlage - außer an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen - täglich zu reinigen. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Lebenshilfe für ihren Einsatz ganz herzlich bedanken und dass sie diese Aufgabe für die Stadt Wels erfüllt, sonst wäre es uns nicht möglich, täglich diese Reinigung durchzuführen.

Trotz der beschlossenen durchgehenden Überwachung kam es auch im letzten Jahr zu sehr vielen Misständen und eine Deeskalation der aufgezeigten Verstöße traf nicht ein. Mit der Bebauung und der Ansiedelung von neuen Familien oberhalb der Freizeitanlage wird sich diese Situation noch ziemlich drastisch verstärken. Daher ist es jetzt wirklich an der Zeit, sich dieser Problematik zu stellen. Die Freizeitanlage Wimpassing ist laut Raumordnung in erster Linie ein Retentionsbecken und soll diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen.

Letzte Woche gab es einen runden Tisch mit den zuständigen Referenten und dem zuständigen Personal. Dabei wurden wir uns über viele Dinge einig und werden einige Maßnahmen setzen, um beispielsweise die Lärmbelastigung am Parkplatz in den Griff zu bekommen. Wir überlegten uns etwaige Ausweichflächen in Wels, kamen dabei aber leider noch zu keiner Einigung.

GR. Schönberger: Das ist heute schon der zweite Antrag, bei dem sich ein Referent für sein eigenes Referat die Arbeit vom Gemeinderat einteilen lassen will. Ich verstehe, dass es sich dabei um einen Dringlichkeitsantrag handelt, denn nach viereinhalb Jahren Dämmerschlaf ihres Vorgängers, der diese Erledigungen einfach verabsäumte, muss hier natürlich dringend gehandelt werden. Sie führen in der Begründung an, seit einem Jahr benötigen sie Schilder für Hinweise bzw. Verbote zum Grillen. Was machte denn ihr Vorvorgänger Vizebürgermeister Hochhauser richtiger, weil es in diesem Zeitraum nicht zu solchen Eskalationen kam? Damals gab es regelmäßige Einsätze der Ordnungswache, die das Entzünden von Feuer überprüfte. Da wurde auch bei den ständig anwesenden Gruppen überprüft, ob sie sich untereinander kontrollieren. Der eine schaute auf den anderen, ob sie auch ihre Utensilien, Abfälle wieder wegräumen.

Voriges Jahr im Mai wurde beschlossen, es müsste in der Freizeitanlage etwas geschehen. Zum Bau der Reihenhaussiedlung muss ich fragen: Wer war jetzt vorher da? Jeder, der sich dort niederlässt, weiß dass in der Freizeitanlage im Sommer einfach etwas los ist. Deshalb verstehe ich die Beschwerden bezüglich des Lärms nicht. Das ist wie mit dem Bau bei einem Kindergarten, wo dann eine Lärmschutzwand gefordert wird. Diese Absurditäten haben wir zur Zeit in Wels leider allorts.

Bei ihrem Gespräch mit dem zuständigen Personal hätten sie auch gleich die nötige Arbeit beauftragen sollen, dann wäre dieser Antrag heute nicht nötig gewesen. Ich würde ersuchen, den Welserinnen und Welsern noch ihre Freiräume, in den sie sich noch bewegen können, zu lassen und nicht überall nur Verbote auszuarbeiten und Überprüfungen anzustellen. Es funktionierte jahrelang, nur seit das Referat bei der FPÖ-Fraktion liegt, funktioniert es nicht mehr, weil es nicht betreut wurde.

GR. Kirchmayr: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schönberger auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages an den Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss wird mit

12 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
gegen 21 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Humer ist bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Mag. Mayerhofer: Eine verstärkte Präsenz der Ordnungswache in der Freizeitanlage Wimpassing ist für uns vorstellbar. Dass jetzt aber versucht wird ein Problem zu lösen, indem ein generelles Grillverbot erlassen werden soll, in einer Anlage, in der Menschen gerne ihre Freizeit verbringen, ist für uns kein Thema. Wir denken, das Problem

lässt sich nicht mit einem Verbot lösen, sondern es wäre vielleicht hilfreicher, alle Parteien an einen Tisch zu holen.

Die Forderung zur Schaffung von Ersatzflächen, an denen zusätzliches Grillen gestattet ist, ist für uns durchaus vorstellbar. Konkret wollen wir da die kleine Freizeitanlage anführen. Für unterstützenswert finden wir die Überlegungen der Referentin, die Grillstellen weiter weg von den Anrainerinnen und Anrainern zu verlagern – ein Grillverbot kommt für uns nicht in Frage.

GR. Reindl-Schwaighofer: Unser Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung an den zuständigen Ausschuss wäre der Rettungsanker für die FPÖ-Fraktion gewesen, bei denen das zuständige Referat seit ein paar Jahren liegt und die durch Untätigkeit auffallen. Ich lese im Text des Dringlichkeitsantrages, am 13. Mai wurden – auch mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion – Maßnahmen beschlossen. Und jetzt liegt wieder ein Antrag vor, der Bürgermeister solle etwas unternehmen, weil der Referent Dr. Wieser und die jetzige Referentin Raggl-Mühlberger nichts unternahmen. Deshalb verstehe ich nicht, warum die FPÖ-Fraktion einer Zuweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuss nicht zustimmte.

Versuchen wir doch, irgendwie bei der Sache zu bleiben und nicht irgendwelche Anträge zu stellen, nur damit ich laut Dr. Rabl „eine Sau durch das Dorf treibe“. In diesem Zusammenhang ist das wirklich die sprichwörtliche Sau. Dabei stellt sich die Frage, ob die Hüter nicht schauen sollten, ihre Arbeit besser zu erledigen.

GR. Markus Wiesinger: Ich schäme mich heute hier Gemeinderat zu sein und diese Wortmeldungen anhören zu müssen. Ich schäme mich deshalb, weil seit zwei Jahren Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wels ein Problem an uns herantragen und seit zwei Jahren nichts passiert. Unsere Zuhörer und Zuhörerinnen müssen noch die Chronologie des Ganzen erfahren.

Am 11.03.2013 stellte die FPÖ-Fraktion einen Antrag wegen Lärmbelästigung in der Freizeitanlage, Schleuderfahrten am Parkplatz und Geruchsbelästigungen vom Grillen. Dieser Antrag wurde paradoxer Weise an den zuständigen Referenten Dr. Wieser zugewiesen. Die Sitzung des Umweltausschusses verlief etwas emotionaler. Damals hielt ich dort einen Vortrag über die Zustände in der Freizeitanlage. Ich informierte mich darüber bzw. wurde ich auch von Anrainern über Vorfälle benachrichtigt. Daraufhin meinte Dr. Wieser, er sei nicht zuständig und es wurde an den Ausschuss überwiesen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner traten an uns heran und das Ganze wurde zwei Mal an den Ausschuss zugewiesen. Das heißt, wir schafften es nicht dieses Problem zu lösen. Ich stellte dann im nächsten Gemeinderat einen Antrag. Die ÖVP-Fraktion forderte bereits im Mai 2013 ein generelles Grillverbot in der Freizeitanlage. Darüber wurde auch in den Zeitungen berichtet. Frau Kollegin Mayerhofer, ein Grillverbot werden wir heute nicht beschließen! Ich gehe davon aus, dieser Antrag erhält die Mehrheit und es geht hier um die Überwachung. Sollten die Missstände weiter bestehen – davon ist auszugehen - wird in der nächsten Gemeinderatssitzung eine Grillverbot-Verordnung beschlossen.

Nach unserem Antrag zum Grillverbot gab es dazu drei Anträge zu diesem Antrag. Einen Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion, einen Abänderungs- und einen Zusatzantrag der FPÖ-Fraktion. Am Schluss glaube ich, wusste keiner mehr, was wir beschlos-

sen haben. Jetzt, ein Jahr später, wurden die Beschwerden der Anrainer immer mehr. Endlich liegt jetzt dieser Antrag der FPÖ-Fraktion vor. Jetzt kommt die FPÖ-Fraktion zur Erkenntnis, ein Grillverbot ergibt einen Sinn. Ich bin überzeugt, in den nächsten Wochen, in denen die Situation überwacht wird, wird sich nichts ändern. Im Antrag sind 15 Vorfälle erwähnt. Ich bekundete vor einem Jahr hier im Gemeinderat den Zeitraum 2. bis 11. Mai 2013. In diesem Zeitraum gab es alleine sieben Beanstandungen. Zugegeben, damals war das Wetter sehr schön, aber wir wissen es kommt dort immer wieder zu Problemen.

Es ist eine Schande, dass wir zwei Jahre dafür benötigen, um für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt etwas zu unternehmen. GR. Wiesinger zeigt ein Foto der Freizeitanlage Wimpassing. Darauf sieht man die verrauchte Freizeitanlage, die Bäume im Hintergrund sind nicht erkennbar. Das kommt nicht von den Betonelementen, das ist nicht das Problem. Bitte, geht selbst einmal in die Freizeitanlage, seht euch dort um und redet mit den Anrainern! Es geht um das „wilde Grillen“. Es werden oftmals eigene Griller mitgenommen. Ich kritisierte das schon im Ausschuss. Aber einigen Mitglieder des Gemeinderates sind die Bewohner von Oberösterreich wichtiger als die Welser Bevölkerung, weil auf dem Parkplatz überwiegen Fahrzeuge mit Vöcklabruckler und Gmundner Kennzeichen.

Mir sind die Bewohnerinnen und Bewohner von Wels, die Bewohner oberhalb der Freizeitanlage wichtig, weshalb ich selbstverständlich für diesen Antrag stimmen werde. Leider dauerte es ein Jahr für diesen Weg.

Vzbgm. Dr. Rabl: Gemeinderat Markus Wiesinger legte die Chronologie dieses Antrages dar – dem ist eigentlich nur ganz wenig hinzuzufügen. Die FPÖ-Fraktion – wir sind eine Freiheitspartei – ist mit Verboten sehr vorsichtig, das heißt, Verbote nur dann, wenn dies unbedingt erforderlich ist. Aufgrund der Anrainerbeschwerden reagierten wir rasch und versuchten die Situation durch mehrere Maßnahmen in der Freizeitanlage und auf dem Parkplatz zu entschärfen. Wir pflanzten verschiedene Bäume, legten Steine, um ein Driften rund um den Parkplatz in Zukunft zu verhindern. In der Amtszeit von Vzbgm. Dr. Wieser wurde versucht die Grillplätze zu verlegen und die Grillzeit einzuschränken. Das geschah in der Hoffnung, die Situation „bessere“ sich.

Eine Freizeitanlage heißt nicht umsonst Freizeitanlage, sondern deshalb Freizeitanlage, weil die Menschen dort ihre Freizeit verbringen. Allerdings muss es hier zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Bewohnern einerseits und den Nutzern der Freizeitanlage andererseits kommen. Wenn dieses Verhältnis gestört wird, ist es an der Zeit zu handeln. Das bedeutet aber nicht sofort ein Verbot, sondern es soll versucht werden, durch andere Maßnahmen den Missstand abzustellen. Die Verbote sind prinzipiell auf einer bestimmten Fläche zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden, aber es mangelt derzeit an der Kontrolle. Die Kontrollen führten nicht zum erwünschten Erfolg, weshalb es weitere Beanstandungen gab. Wir wollten mit diesem Antrag klarstellen, es noch einen Monat zu beobachten, in dem noch eine intensivere Kontrolle stattfinden sollte. Wenn im Rahmen dieses Monats sich die Situation nicht bessert, ist mit einem Totalverbot vorzugehen. Das halte ich für sinnvoll, denn es muss miteinbezogen werden, wie die Bevölkerung und die Grillplatzbenutzer auf verschärfte Verbote bzw. auf eine eventuelle Bestrafung reagieren.

Das ist das Ziel dieses Vorgehens und ich kann darin keine Säumigkeit des Referenten Dr. Wieser und der Referentin Raggl-Mühlberger entdecken. Wir sollten diese Proble-

matik einen Monat beobachten, sollte sich die Beschwerdelage nicht verbessern, soll das totale Grillverbot kommen. Wir glauben, der Schutz der Welser Bevölkerung muss oberste Priorität haben und sich in einer optimalen Wohnqualität ausdrücken. Gerade für jemanden, der dort entsprechend baute oder jetzt einzog, wäre es sinnvoll, dass diese als Erste den Schutz des Gemeinderates bzw. der Politik bekommen.

StR. Raggl-Mühlberger: Ich möchte an dieser Stelle einige Sachen richtig stellen. Lieber Kollege Schönberger, die Ordnungswache fällt nicht in meine Zuständigkeit sowie die Freigabe der Hinweistafeln und die Hausordnung. Bitte, geben wir die Zuständigkeiten dorthin, wo sie hingehören. Die jetzt dort errichteten Reihenhäuser wurden nicht in den letzten 2 Jahren, sondern wurden schon vor 30 Jahren gewidmet.

GR. Schönberger: Die Freigabe der Tafeln ist die eine Sache, aber für die Aufstellung und die Einhaltung sind sie zuständig. Bei einem gültigen Gemeinderatsbeschluss aus dem letzten Jahr müssen sie sich mit der Durchführung durchsetzen. Es gehörte zum Aufgabenbereich einer Referentin, die im Gemeinderat beschlossenen Dinge zu erhalten. Wir reden immer von der Welser Bevölkerung. In Wahrheit handelt es sich dabei in Summe um etwa 15 Häuser und gleichzeitig wollen wir Hunderten von Menschen verbieten, dort jemals wieder zu grillen.

Markus, du schlägst die Hände über dem Kopf zusammen, aber den bei der WSG einziehenden Personen musst du sagen, sie dürfen dort unten nicht grillen, denn auf ihren Grundstücken vor den Wohnungen dürfen sie auch nicht grillen.

Es gibt natürlich Flächen, wo das Allgemeinwohl der Welserinnen und Welser, weil sie dort ihre Freizeit verbringen, auch dementsprechend durch Freiheiten zu gewähren ist. Wir können nicht alles einschränken und Kindergärten und Schulen mit Lärmschutzwänden versehen, eine überdachte und eingezäunte Freizeitanlage bauen, weil sich hinterher einige Häuser daran anbauen. Hier gehört an die Vernunft der Menschen appelliert. Es gehört die Relation der Benutzer der Freizeitanlage gegenüber den herangebauten Bewohnern betrachtet.

Den Welserinnen und Welsern sollte nicht die Möglichkeit genommen werden, ohne vorher dementsprechende Ersatzflächen gefunden zu haben, weil einfach zu verbieten auch ein Thema ist. Was passiert dann? Die Jugendlichen sind dann an der Traun und dort sind die Feuer noch wesentlich gefährlicher. Das möchte ich persönlich nicht, denn das ist dann völlig unkontrollierbar. In der Freizeitanlage ist das Gelände übersichtlich. Dort können Regulativen gefunden werden, die den Menschen ein vernünftiges Nebeneinander garantieren.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte noch einmal auf den vorliegenden Antrag zurückkommen in dem es lautet: Der Gemeinderat der Stadt Wels soll einen Überwachungsschwerpunkt der Freizeitanlage Wimpassing durch die Ordnungswache für die nächsten vier Wochen beschließen. Das heißt, wir sollten heute nur beschließen, dass dort in der Freizeitanlage ein Überwachungsschwerpunkt stattfindet. Der zu erstellende Bericht stellt die Grundlage für die weitere Vorgangsweise dar, die im nächsten Gemeinderat dann wieder beschlossen werden soll. Ich sehe es überhaupt nicht ein, die Welser Bevölkerung bei der Freizeitanlage im Stich zu lassen, auch wenn es sich dabei nur um ein paar wenige handelt. Wir wollen nicht nur dann tätig werden, wenn es viele betrifft. Jeder Welser sollte zu seinem Recht kommen, deshalb kann bei der Freizeitanlage nicht alles toleriert werden. Bei Verstößen gegen die dortige Hausordnung soll wegge-

sehen werden, damit ein paar wenige sich auf Kosten anderer vergnügen können und sie belästigen.

Dafür sind wir nicht zu haben. Daher ersuche ich die SPÖ-Fraktion, nur einmal der Faktenerhebung zuzustimmen. Emotional kann über ein Grillverbot dann immer noch diskutiert werden. Es kann nicht sein, dass jeder tun und lassen kann, was er will.

GR. Reindl-Schwaighofer: Natürlich sollten wir über den Antrag diskutieren, aber das sollte für alle sich hier zu Wort Meldenden gelten. Es lässt niemand die Welser Bevölkerung im Stich außer die, die über Jahre ihre Arbeit nicht machen. Ich verstehe nicht, warum wir nicht auch auf die mit dem Finger zeigen, bei denen immer die anderen Schuld sind, wenn sie Sachen unterlassen. Es gab dafür einen zuständigen Referenten, der jahrelang nicht in der Lage war, einen Beschluss umzusetzen. Welche Tafeln werden aufgestellt, welche Kontrollen für die Einhaltung der Verbote erlassen usw.? Das hätte ich mir von einer Referentin in diesem Fall erwartet, wohl wissend, dass sie sich um die Angelegenheiten intensiver kümmert, als ihr Vorgänger. Jetzt soll diese jahrlange Untätigkeit totgeschwiegen werden.

GR. Markus Wiesinger: Herr Kollege Schönberger, es gab letztes Jahr einen schweren Zwischenfall in der Freizeitanlage Wimpassing. Jugendliche machten mit Autoreifen ein Lagerfeuer, welches außer Kontrolle geriet und ein Baum begann zu brennen. Die Jugendlichen versuchten das Feuer zu löschen. Nur wie löscht man einen Brand in der Freizeitanlage? Sie liefen in die Otto-Loewi-Straße, um einen Feuerlöscher zu besorgen. In der Zwischenzeit traf Gott sei Dank die Feuerwehr ein. So ungefährlich ist die Freizeitanlage nicht. Ich versuche es der SPÖ-Fraktion noch einmal zu erklären, damit diese es auch versteht. Es geht nicht um Schuldzuweisungen an irgendeinen politischen Referenten, sondern dass den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern geholfen wird. Seit zwei Jahren kommen diese mit den Problemen und seit zwei Jahren schafft es der Gemeinderat nicht, irgendetwas mit Hand und Fuß zu beschließen. Wenn es der SPÖ-Fraktion so wichtig ist, braucht sie nur diesem Antrag zustimmen. Dann wird etwas geschehen, es wird kontrolliert werden. Aufgrund dieser Kontrolle kann ein Grillverbot beschlossen werden.

StR. Zaunmüller: Ich möchte das vom Kollegen Markus Wiesinger Gesagte unterstreichen. Ich halte es für einen schlechten Stil, einem ausgeschiedenen Mandatar im Nachhinein Untätigkeit oder Säumigkeit nachzuweisen. Meiner Meinung nach geht es darum, zu erheben und zu evaluieren. Da richte ich einen großen Appell auch an die SPÖ-Fraktion, sich ausschließlich auf diese Frage zu konzentrieren. Dabei geht es noch nicht um die Einführung eines Verbotes oder eines Reglements, sondern um die Evaluierung. Um nicht mehr und nicht weniger.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Fraktion wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ und ÖVP-Fraktion)
15 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ungeachtet dessen unterstütze ich natürlich die Kollegin Raggl-Mühlberger, damit die im letzten Jahr beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Dazu gibt es ein Maßnahmenpaket und wenn dieses konsequent umgesetzt wird, bin ich von einer Besserung überzeugt.

StR. Raggl-Mühlberger verlässt um 17.47 die Sitzung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Novelle betreffend das Verbot des Campierens im Bereich des Welser Messegeländes und im Welser Volksgarten.
DI-Verf-149-2014

Vzbgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit einer Korrektur im Zusammenhang mit der erst vor kurzem beschlossenen Verordnung des Campingverbotes im Bereich des Messegeländes und des Welser Volksgartens.

Hier wurde auf Grund einer Stellungnahme des Landes Oberösterreich kritisiert, dass der Bereich, in dem diese Verordnung gelten sollte, zu wenig präzise abgegrenzt wurde. Dazu ist festzuhalten, dass es die Abgrenzung eins zu eins mit Straßen auch in Linz so umgesetzt wurde und dass dort auch zu keiner Kritik geführt hat. Offensichtlich ist es ein Unterschied wenn in Linz eine Verordnung der SPÖ beschlossen wird oder wenn ÖVP und FPÖ in Wels das tun. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen; trotzdem glauben wir, dass es sich hier um einen sehr leicht korrigierbaren Fehler handelt.

Wir haben nunmehr nichts anders gemacht als genau festgelegt, welche Grundstücksnummern für die gegenständliche Verordnung konkret in Frage kommen. Diese Grundstücksnummern sind präzise auf den cm genau abgegrenzt und ich glaube daher, dass dieser vom Land Oberösterreich aufgeworfener Einwand damit erledigt ist.

Daher glauben wir, dass wir dies neu beschließen müssen und diese Änderung im Punkt erstens auch umgesetzt werden soll.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte grundsätzlich zu den heute eingebrachten Anträgen zum Thema Campierverbot von Sinti und Roma in unserer Stadt Wels etwas sagen und werde mich an der anschließenden Debatte nicht mehr beteiligen. Aus dem Grund, dass wir nicht bereit sind, diesen Gemeinderat soweit verkommen zu lassen, dass wir im Minutentakten Anträge beschließen und sobald vom Land Oberösterreich eine Ankündigung kommt, greift man von vier Punkten, die angeprangert worden sind, einen heraus und versuchen, zu reparieren, was nicht zu reparieren ist.

Diese ganze Geschichte ist und bleibt, meiner Ansicht nach eine Schande für die Stadt Wels, einer Messestadt, einer Stadt, die für Weltoffenheit steht, die internationale Messen abhält, wenn die Mehrheit so etwas beschließt und dann nicht in der Lage ist, Menschen einen Durchreiseplatz zu bieten.

Dieser Antrag ist nichts anderes als ein Versuch, etwas zu reparieren, was nicht zu reparieren ist in diesem Zusammenhang. Dieser Antrag wird wieder mit der Mehrheit beschlossen werden und trotzdem werden Sie mit dieser Mehrheit wieder untergehen,

weil der Verfassungsdienst den Antrag wieder aufheben wird. Dies wissen die Juristen in Ihren Fraktionen bereits, aber Sie können dies ja als Minutensieg für sich verbuchen.

Vzbgm Lehner: Lieber Johnny, natürlich können wir Dinge reparieren und auch mit dieser Abgrenzung können wir das machen. Weil dieses beschlossene Verbot im Messegelände wurde im Wesentlichen aus Linz abgeschrieben. Das heißt, in einer sozialdemokratisch geführten Stadt wurde hier ein wortgleicher Beschluss gefasst. Der einzige Fehler der uns unterlaufen ist, ist dass wir die Gebietsabgrenzung eben nicht so präzise gemacht haben wie das in Linz der Fall war; daher jetzt eine taxative Aufzählung der Grundstücksnummern. Für alle anderen gibt es auch einen Plan dazu, der uns auch zeigt, dass wir jetzt und auch vorher nur Grundstücke, die im Einflussbereich der Messe sind, das bedeutet klassisch im Messegelände, erfassen, um kein Campieren für Roma und Sinti aber auch für andere Touristen zu ermöglichen.

Denn uns als ÖVP geht es darum, dass für die Messe als Unternehmen kein Schaden durch eine permanente Diskussion, die entsteht, wenn hier wild campiert wird, entsteht. Das ist nicht der Sinn und Zweck des Messegeländes, sondern hier haben internationale Messen statt zu finden, so wie du es angeführt hast. Das ist unsere Zielsetzung, dazu braucht es klare Spielregeln und dazu ist dieses Campierverbot für alle außer bei genehmigten Veranstaltungen erforderlich. Das ist sachlich und logisch einwandfrei und deshalb diese Reparatur dieser Verordnung, wo wir taxativ diese Grundstücksnummer aufzählen. Daran ist nichts polemisch, nichts ausländerfeindlich, da ist gar nichts. Das ist ganz pragmatisch zu lösen und das machen wir hiermit. Damit geht die Verordnung, sobald die Stellungnahme an das Land geht, ihren geordneten Weg und es kann in Wels ein notwendiges Campierverbot exekutiert werden.

GR. Mag Teubl: Lieber Peter, da muss ich leider widersprechen. Es geht hier nicht um irgendwelche Parzellennummern, es geht nicht um fehlende Pläne, sondern es geht hier darum, dass eine minderheitenfeindliche Entscheidung getroffen wurde und dies hier weiter prolongiert werden soll. Wenn du sagst, du willst eine Lösung für Sinti, Roma und andere Touristen finden, dann zeigt das, dass du nicht verstanden hast, um was es geht, denn Sinti und Roma sind keine Touristen.

Sinti und Roma sind eine Minderheit mit einer besonderen Lebensform als fahrende Völker, deren Schutz ein humanes Europa zu gewährleisten hat. Wenn unsere Stadt durch diesen Beschluss abermals und zum wiederholten Mal zeigen will, dass dieser Schutz uns kein Anliegen ist, dann ist das natürlich die Möglichkeit, die den Fraktionen ÖVP und FPÖ in die Hand gegeben ist. Aber das ist sicherlich nicht das, zu dem wir uns hergeben werden.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ- und ÖVP-Fraktion wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
14 Nein-Stimmen (SPÖ und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Schönberger ist bei der Abstimmung zu o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Stellungnahme an das Amt der Oö. Landesregierung betreffend die ortspolizeiliche
Verordnung über das Verbot des Campierens im Bereich des Welser Messegeländes
und des Welser Volksgartens
DI-Verf-148-2014

Vzbgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag beschäftigt sich ebenfalls mit der Campingverordnung. Es stellt sich die Frage der weiteren Vorgangsweise aufgrund der Anregungen, die das Land Oberösterreich der Stadt Wels mitteilte, vor allem in Zusammenhang mit allfälligen Bedenken über die Rechts- und Verfassungskonformität. Dazu möchte ich noch anmerken: Lieber Johnny, der Gemeinderat verkommt nicht, wenn irgendwelche Anträge abgestimmt werden. Das ist das Los und die Arbeit, die wir hier erledigen und ich denke, wir machen das alle mit dem größten Bemühen. Zur Durchreise muss ich dir sagen, wir bieten genug Platz für alle Durchreisenden. Es gibt zahlreiche Hotels, Gasthäuser und sonstige Zimmer. Es ist überhaupt kein Problem durchzureisen, es wurde noch nie jemand abgewiesen, deshalb liegt keine Verfassungswidrigkeit vor. Der Verfassungsdienst kann schon gar nicht eine Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels aufheben, denn der Verfassungsdienst prüft das höchstens und gibt eine Stellungnahme ab. Das nur zur Richtigstellung in diesem Zusammenhang.

Wir denken, es ist sicher nötig auf die Bedenken des Landes Oberösterreich einzugehen. Das machten wir durch die Behandlung des Entwurfes im letzten Tagesordnungspunkt und setzten hier eine sehr korrekte und sehr präzise Gebietsabgrenzung. Andererseits kommt es ständig und wiederkehrend zu Problemen am Messegelände mit campierenden Sinta- und Romagruppen. Ich verweise auf die Beilage vom letzten Aufenthalt: Verantwortliche des Welser Tiergarten ersuchen um eine verstärkte Überwachung des Tiergartens, weil es im Laufe des 22.07. zu Problemen mit den derzeitigen Aufenthalten der Roma und Sinti kam. Diese hätten versucht diverse essbare Tiere, wie Schildkröten, aus dem Gehege zu holen. Als dies von den Wärtern angesprochen wurde, bedrohten diese die Wärter – keine Täterbeschreibung. Eine stärkere Überwachung wird zugesichert und auch durchgeführt. Das ist aber nur ein ganz kleiner Teil und das ist nicht etwas aus der Propagandalüge der FPÖ, sondern das hat die Polizei mitgeteilt.

Für mich ist es aufklärungsbedürftig, zu welchen Vorkommnissen es tatsächlich bei den Aufenthalten der Roma und Sinti in Wels kam. Da ist es nicht so – wie sie sagten, Herr Bürgermeister – es sind nur bei drei oder fünf Aufenthalten Probleme aufgetreten. Wie sich diese Liste liest, schaut die Sache anders aus. In diesem Zusammenhang würde ich ersuchen, die Polizei zu beauftragen, Vorfälle aus der Zeit vor 2013 entsprechend abzuklären. Das erfolgte bisher noch nicht. In einem diesbezüglichen Gespräch mit dem Polizeikommandanten teilte mir dieser mit, seine Beschreibungen bezogen sich ausschließlich auf das Jahr 2013. Für die Zeit davor gab es keine Aufforderung. Offensichtlich gibt es jetzt ein zehn Tage altes Schreiben vom Verfassungsdienst, auf das die Polizei aber noch nicht antwortete. Ich finde es eigenartig, bei Ordnungsbeschluss wurde gesagt, es gibt eh nur drei bis fünf Vorfälle, obwohl wir noch gar nicht wussten, was die Polizei zu diesem Thema sagt. Das zeigt die unseriöse Arbeitsweise auf bzw. das Desinteresse an der Aufklärung des gesamten Sachverhaltes, nur um sagen zu können, es ist ja nichts passiert. Tatsache ist aber, solange die Informationen der Polizei noch nicht vorhanden sind, können wir überhaupt keine Aussage darüber treffen, wie häufig und oft hier tatsächlich Vorfälle passiert sind.

Wir denken, wir benötigen umfassende Informationen, nicht nur die der Ordnungswache und des Bürgerservices, sondern natürlich auch die der Polizei, natürlich auch die der Gerichte – soweit dies möglich ist. Es wäre zielführend, den Überwachungszeitraum von 2009 bis 2014 zu nehmen, um hier eine objektive Beurteilung auch dem Land entsprechend vorlegen zu können. Sinnvoll wäre sicher, wenn der Verfassungsdienst der Stadt Wels selbst eine Stellungnahme mitverfasst auf Basis dieser Informationen. Der Stadt Wels steht es im Gemeinderat frei, ortspolizeiliche Verordnungen zu erlassen, wenn etwas droht oder zu erwarten ist, dass etwas droht. Das heißt, es braucht eine Gefährdung oder eine drohende Gefährdung. Wenn ich aber sagen kann, dass fast jährlich Roma- und Sintigruppen kommen und diese fast jährlich Probleme verursachen, dann droht natürlich im Moment eine Gefährdung. Sonst hätte auch der Linzer Gemeinderat das nicht beschließen können.

Lieber Johnny, du sagst: „Linz ist nicht weltoffen. Linz ist rechts- und verfassungswidrig. Linz ist minderheitenfeindlich. Linz ist ausländerfeindlich usw.“ Warum machtest du keinen Aufschrei, als deine eigenen Parteigenossen das beschlossen? Luger und Dobusch, alle mit euch in kollegialer bzw. genossenschaftlicher Freundschaft, da kam kein Wort der Kritik. Sobald aber ÖVP- und FPÖ-Fraktion etwas beschließen in diesem Gemeinderat heißt es, wir sind ausländerfeindlich, minderheitenfeindlich, nicht weltoffen und international, nur um die eigene Stadt schlecht zu machen. Das ist Nestbeschmutzung, das halte ich dir vor.

Wir versuchten das auf sachlicher Ebene abzarbeiten, indem wir diese Verordnung 1:1 von der Linzer Verordnung bis auf die Straßenbezeichnungen abschrieben. Aber hier in Wels gibt es einen riesigen Tumult und sogar die Kommission ruft an. Hat die nichts anderes zu tun, als sich um ein Campingverbot in Wels zu kümmern? Es gibt ja keine Arbeitslosigkeit und keine Bildungsprobleme! Nein, die Campingverordnung in Wels ist das wahre Problem in der EU.

Johnny, du versuchst in Wels schlechte Stimmung zu machen. Du versuchst international und auch national zu sagen: Wels ist eine ausländerfeindliche, nicht weltoffene, rechts- und verfassungswidrig handelnde und minderheitenfeindliche Stadt. Das werfe ich dir persönlich vor und halte es für nicht in Ordnung.

Es wäre zielführend, alle Informationen auf den Tisch zu legen und auf Basis all dieser Informationen eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes einzuholen. Diese Stellungnahme sollte sich natürlich nicht damit beschäftigen, warum diese Verordnung rechts- und verfassungswidrig ist, sondern sie sollte diese Verordnung verteidigen. Das würde ich von einem die Positionen der Stadt Wels vertretenden Verfassungsdienst erwarten. Ich denke, wir werden das nicht in einem Monat schaffen, auch diese Fristverlängerung beim Land und der Landesregierung. Ich denke, das Land hätte keine Probleme damit diese Frist zu verlängern, deshalb gehören alle Informationen von der Polizei angefordert.

Zur Beschlussfassung dieses Antrages benötigen wir alle Informationen und eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes, die dann spätestens im nächsten Gemeinderat - sollte das bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr machbar sein, im Zuge eines Sondergemeinderates - beschlossen werden müsste. Das ist aus meiner Sicht die richtige und faire Vorgangsweise.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Lehner.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir weiter diskutieren, gilt es die Grundsatzfrage zu klären, ob sie überhaupt den durchziehenden Roma- und Sintigruppen den Aufenthalt ermöglichen möchten. Das ist für mich die zu beantwortende Kernfrage, denn auch wenn sie hier einen Antrag einbringen, der eine kleine Fläche ausnimmt, auf der das Campieren ermöglicht wird, ist ihre Wortmeldung alles andere als dorthin ausgerichtet. Ist es, ihrer Meinung nach möglich, diesen Menschen ohne ständige Vorverurteilung für wenige Tage im Jahr entsprechenden Aufenthalt zu bieten?

Sie verlangen vom Verfassungsdienst eine Stellungnahme, dass das Ziel die Entkräftigung der vom Amt der Oö. Landesregierung aufgeworfenen rechtlichen Mängel der gegenständlichen Verordnung sein möge. Ich solle so einen Auftrag erteilen. Herr Kollege Rabl, so einen Auftrag werde ich selbstverständlich nicht erteilen! Ich möchte von vornherein nicht die Mitarbeiter des Hauses – oder mich selbst – dem Vorwurf eines möglichen Amtsmissbrauches aussetzen. Selbstverständlich wird bei Vorhandensein eines bestimmten Sachverhaltes, so wie in der Vergangenheit, der Verfassungsdienst die Lage beurteilen und eine Stellungnahme an das Land Oberösterreich weitergeben. Dort wurde die vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Verordnung beurteilt. Aus vier Gründen wurde keine gesetzeskonforme Vorgangsweise festgestellt und wir wurden zu einer Stellungnahme bis Ende Juni aufgefordert.

Deshalb lud ich die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch ein, mit dem Hauptziel, den auf dem Tisch liegenden Vorschlag zur Errichtung eines Campingplatzes voranzutreiben, mit dem Finanzreferenten, dem Sportausschuss usw. in entsprechende Diskussionen einzutreten, damit diese Fläche möglichst bald zur Verfügung steht. In der Zwischenzeit sollte es eine bestimmte Übergangsregelung geben. Wir sollten hier einen Akt der Menschlichkeit setzen. Wenn ich in Straßburg im „Kongress der Gemeinden und Regionen“ bin, gibt es jedes Mal Entschließungsanträge. Ich sah noch keinen, bei dem nicht alle Gruppen zustimmten, dass mit allen Mitteln versucht werden muss, mit den Roma und Sinti eine vernünftige, gemeinsame Lebensweise zu finden. Nur so wird es gelingen, eine Verbesserung zu erzielen. Dieses Problem gibt es nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich, den Niederlanden usw. Durch das Auseinanderdividieren werden wir keine Besserung erreichen.

Daher mein Aufruf an den Gemeinderat, entsprechend gemeinsam vorzugehen und das vorgeschlagene Thema „Campingplatz“ so rasch wie möglich auszugestalten, einzurichten und dazu die erforderlichen Genehmigungen einzuholen. Dann müssen sich diese Gruppen selbstverständlich an die normalen Spielregeln halten. Wenn wir etwas erreichen wollen, sollten wir als oberste Prämisse an einem Strang ziehen. Ich gebe zu bedenken, dass eine Verordnung bereits beim Land Oberösterreich liegt, die noch nicht abgehandelt wurde und jetzt geben wir wieder eine Verordnung zum Land. Lächerlich machen, möchte ich mich nicht! Bitte um eine Vorgehensweise mit Maß und Ziel!

Vzbgm. Lehner übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Dr. Rabl: In direkter Replik auf ihre Rede, die natürlich sehr viel Richtiges enthält, möchte ich Folgendes festhalten:

Erstens, wir führen hier keine Roma- und Sinti-Diskussion. Wir führen hier eine Diskussion über ein Campierverbot und nichts anderes. Dass das Campierverbot auch deswegen beschlossen werden sollte, weil es missbräuchliches Campieren in der Messe – von wem auch immer – gab, ist mir völlig klar. Es geht in dieser Diskussion um ein für alle, unabhängig von Rasse, Herkunft, Alter und Geschlecht, gültiges Campierverbot.

Die Verordnung richtet sich nicht an Roma und Sinti, sondern an alle gleich, weil Gleiches gleich zu beurteilen ist.

Zweitens, es steht in diesem Antrag nicht: Ergebnis dieser Stellungnahme möge die Entkräftung der vom Land Oberösterreich aufgeworfenen rechtlichen Mängel der gegenständlichen Verordnung sein, weil das Ergebnis können wir nicht vorgeben. Das ist mir klar, denn das wäre aus meiner Sicht wirklich ein Amtsmissbrauch. Es steht hier: das Ziel. Und wenn Herr Dr. Kitzmantel nicht in der Lage ist dieses Ziel tatsächlich einzuhalten, und er kommt zu einem anderen Ergebnis, dann ist das zur Kenntnis zu nehmen, aber trotzdem können wir das Ziel formulieren, weil Politiker ständig Ziele formulieren. Ich habe nicht gesagt, dass es sein muss, aber das Ziel formulieren wir und das stellt keinen Amtsmissbrauch dar, sondern eine zulässige Zielvorgabe.

Drittens, ist die Errichtung eines eigenen Campingplatzes. Die Freiheitlichen forderten schon vor einigen Jahren einen eigenen Platz, wo Wohnmobile Pausen einlegen können. Herr Mag. Klinghuber, selbst weitgereister Campierer, war in unserer Fraktion immer vehementester Vertreter in dieser Frage. Allerdings lehne ich es ab, diese Frage immer im Zusammenhang mit den Roma und Sinti zu diskutieren. Brauchen wir das, dann machen wir das, oder brauchen wir es nicht. Aber das ist kein Campingplatz für Roma und Sinti, sondern ein Campingplatz. Wenn wir uns hier im Gemeinderat für einen Campingplatz für Wohnmobile oder Zelte bekennen, dann errichten wir in, aber nicht, weil Roma und Sinti hier Halt machen wollen. Ganz einfach – der Campingplatz wird für alle gemacht. Ich lehne es ab, diese Diskussion in diesem Zusammenhang zu führen. Es ist tatsächlich diskriminierend zu sagen, wir errichten einen Campingplatz nur für Roma und Sinti.

Im Übrigen verweise ich hier wieder auf Linz, denn Linz schaffte am Pichlinger See bereits einen Campingplatz. In der Zwischenzeit besichtigte ich diesen, mit bester Infrastruktur versehenen Campingplatz, der vom Messegelände aus in 31 Minuten erreichbar ist. Es wird wohl zumutbar sein, wenn Leute heute mit Wohnmobilen unterwegs sind, sie eine halbe Stunde kürzer oder länger fahren. Mir kann keiner erklären, warum eine aus Wien kommende Gruppe nicht eine halbe Stunde früher am Pichlinger See Halt machen kann. Mir kann auch keiner erklären, warum eine Gruppe aus Salzburg oder Passau kommend, nicht eine halbe Stunde länger unterwegs sein soll.

Ich kann nicht verstehen, warum wir als Stadt Wels - nach ersten Schätzungen – 300.000 bis 500.000 Euro in die Hand nehmen sollen, um ein Campinggelände nur für Roma und Sinti zu errichten. Entweder wir benötigen ein Campinggelände oder wir benötigen es nicht. Wenn nicht, müssen sich die Roma und Sinti dazu entschließen, eine halbe Stunde weiter bis zum Pichlinger See zu fahren. Es gibt keinen dagegensprechenden sachlich argumentierbaren Grund. Ich glaube, wir sollten in dieser Frage vorsichtig agieren und nicht über Roma und Sinti diskutieren, sondern über ein hier in Frage stehendes Campingverbot.

Das Land wirft uns – nicht den Linzern – Rechtswidrigkeit vor, die der Verfassungsdienst sicher entkräften können muss. Wird dieser Antrag beschlossen können wir sehr zuversichtlich sein, dass die Stellungnahme des Verfassungsdienstes alle für diese Verordnung sprechenden Argumente entsprechend darstellen kann. In weiterer Folge wird das Land seine Bedenken – bis auf die bereits behobenen Bedenken – aufgeben, sonst müsste es sich eine gewisse Parteilichkeit gefallen lassen. Ich bin überzeugt da-

von, dass das Land Oberösterreich in diesen Fragen sehr objektiv vorgeht und ersuche um Beschlussfassung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) der FPÖ-Fraktion wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ und ÖVP-Fraktion)
14 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung zu o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Bürgermeister erklärt mit Dank für die Mitarbeit diese Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: